



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

Nachdenken über Pazifismus und die Grundsätze der DFG-VK



Michael Schulze von Glaßer: Klare Position gegen rechts

Theodor Ziegler: Soziale Verteidigung vorbereiten

Margot Käßmann: Frieden geht nicht mit rechts

Hans-Jürgen Kobus: Rettet den Pazifismus

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65 29 62 46
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

Bundessprecher:innenkreis

- Ralf Buchterkirchen
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Fabian Grote
E-Mail grote@dfg-vk.de
- Shari Kohlmeyer
E-Mail kohlmeyer@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de
- Hauke Thoroë
E-Mail thoroë@dfg-vk.de
- Adrián Villa Urrego
E-Mail villa@dfg-vk.de

Landesverbände und Gruppen:

www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK

<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

Redaktion *ZivilCourage*

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711-51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de



Liebe Leserin, lieber Leser, zuallererst: Ich bitte um Entschuldigung, dass so lange keine *ZivilCourage*-Ausgabe erschienen ist. Zur Erklärung: Mitten in der Erstellung der für März geplanten Ausgabe erwischte mich Ende Februar eine Corona-Infektion. Diese verlief dann so heftig, dass ich annähernd fünf Wochen im Bett lag.



Foto: privat

Etwas naiv war ich nach Ende der akuten Phase davon ausgegangen, bald wieder wie zuvor weiterarbeiten zu können. Das war leider ein großer Irrtum. Nach vielen Wochen der Quälerei musste ich mir eingestehen, dass meine Arbeitsfähigkeit durch Erschöpfung und Konzentrationsstörungen massiv eingeschränkt ist. Es scheint sich um Long- oder Post-Covid zu handeln. Schon eine genaue Diagnose ist schwierig, von sinnvollen therapeutischen Maßnahmen ganz zu schweigen. Obwohl allein hierzulande mehrere Hundertausend Menschen betroffen sein sollen, steckt die wissenschaftliche Forschung zu dieser Erkrankung und ME/CFS noch in den Kinderschuhen.

Und da schließt sich ein Kreis von persönlichem Schicksal und Aufrüstungs- und Kriegspolitik: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach brachte es in einer Diskussionsrunde auf den Punkt, als er zur mangelnden Finanzierung von Studien zu Covid-Schäden flapsig meinte, es sei eben die Frage, ob „der Pistorius oder ich Geld“ bekomme; in der Sache liegt er richtig: Der Kriegsminister Boris Pistorius muss sich ums Geld wahrlich keine Sorgen machen, für Krieg und Militär scheint genügend vorhanden zu sein; neben den im letzten Jahr vom Parlament beschlossenen Sonderschulden (fälschlich als Sondervermögen bezeichnet) von 100 Milliarden Euro kann sich Pistorius wohl darauf verlassen, jedes Jahr immer noch mehr Geld fürs Militär zu erhalten.

Die Politik und „der Mainstream“ haben ihre Position zum Ukraine-Krieg festgelegt. Militärische Unterstützung „whatever it takes“. Und so gab Kanzler Scholz im Mai beim Besuch des ukrainischen Präsidenten Selenski in Berlin stolz bekannt, dass Deutschland die Ukraine seit Kriegsbeginn bereits mit unvorstellbaren 17 Milliarden Euro unterstützt habe.

Der Friedensbewegung hingegen gelingt es bisher noch nicht, diese faktische Kriegsbeteiligung angemessen und wirksam zu kritisieren.

Die Beiträge in diesem Heft zeigen, dass es viel Diskussionsbedarf auch innerhalb der DFG-VK darüber gibt, wie eine pazifistische Position in Umsetzung unserer Grundsatzerklärung aussehen müsste, wer unsere Bündnispartner sind und wer nicht.

Solche Diskussionen sind zweifellos anstrengend. Wir sollten sie aber führen – gerne mit „heißem Herzen“, aber mit „kühlem Kopf“, nicht beserwischerisch, sondern zuhörend und ernstnehmend und dazu bereit, dem besseren Argument zu folgen.

In diesem Sinne grüßt

P.S. Wegen meiner eingangs geschilderten Long- oder Post-Covid-Erkrankung werde ich vorläufig als Verantwortlicher für die Erstellung und redaktionelle Betreuung der *ZivilCourage* leider ausfallen. Die zuständigen Gremien werden aber bestimmt eine Lösung finden und entsprechend informieren. Ich bitte nochmals um Entschuldigung für die Verzögerung und vor allem meine falsche Einschätzung, schnell wieder „auf die Beine“ zu kommen. Und auch dafür, dass die überwiegend von mir geführte Liste derjenigen, die die *ZivilCourage* digital erhalten wollen, nicht auf dem aktuellen Stand ist, weshalb in einigen Fällen das gedruckte Magazin im Briefkasten liegt statt als PDF im E-Mail-Fach.

Klare Position gegen rechts

Michael Schulze von Glaßer,
politischer Geschäftsführer der DFG-VK



Foto: privat

Rund 1500 Menschen waren es wohl, die am letzten Februar-Samstag durch Köln zogen und sich für ein Ende des Ukraine-Kriegs einsetzten. Dabei fand eine Zwischenkundgebung vor dem ELDE-Haus statt, dem damaligen Kölner Gestapo-Sitz, heute ein NS-Dokumentationszentrum. Darin gibt es einen leeren Raum, der lediglich an den Wänden beschriftet ist: „In diesem Raum werden ca. 2500 Kölner Vereine und Verbände aufgelistet [...]. Diejenigen Vereine und Verbände, die nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand verboten und aufgelöst wurden – und damit häufig für immer verschwanden –, sind durchgestrichen.“ Auch unser Verein – der damals nur „Deutsche Friedensgesellschaft“ hieß – ist in dem Raum zu finden. Durchgestrichen. Das passiert, wenn Nationalist*innen an die Macht kommen. Das muss uns Mahnung sein.

Auch aus solch geschichtlichen Gründen haben wir auf dem Bundeskongress 2019 sowohl einen Unvereinbarkeitsbeschluss über die Mitgliedschaft in unserem Friedensverband und der rechtsextremen „Alternative für Deutschland“ (AfD) beschlossen als auch Folgendes: „In Bündnissen wirkt die DFG-VK darauf hin, dass die Teilnahme von rechtsextremen Menschen, Gruppen und Organisationen nicht möglich ist.“ Das haben wir u.a. im Aufruf des „Stoppt das Töten“-Bündnisses (www.stoppt-das-toeten.de) für Antikriegs-Aktionen zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine umgesetzt.

Andere Gruppen und Personen, die an dem Februar-Wochenende

zu Aktionen aufgerufen haben, waren nach rechts offener. Eine Aktion, die es vor allem in die Medien schaffte, war eine der Buchautorin und Linke-Bundestagsabgeordneten Sarah Wagenknecht und der ebenfalls umstrittenen Publizistin Alice Schwarzer in Berlin. „Jeder, der ehrlichen Herzens mit uns für Frieden demonstrieren möchte, ist willkommen“, sagte Wagenknecht in einem Spiegel-Interview auf die Frage, was geschehe, wenn Rechtsextremist*innen auf ihrer für den 25. Februar geplanten Demonstration erscheinen sollten. Nur rechtsextreme Flaggen oder Symbole hätten bei der Aktion nichts zu suchen: „Mehr ist dazu nicht zu sagen“, so Wagenknecht in dem Interview.

Und so fühlten sich viele sehr rechte Personen zu der Demonstration eingeladen – angefacht auch von einem Statement Oskar Lafontaines, der in einem Interview auf die Aussage seiner Ehefrau einging: „Wenn das so interpretiert wird, AfD-Wähler und so weiter, wären nicht willkommen, das ist natürlich völliger Blödsinn, denn dann würde man sich selbst unglaubwürdig machen.“ Während der Demonstration in Berlin stand Lafontaine neben einem ehemaligen Bundeswehr-General mit auf der Bühne.

Es ist unumstritten, dass die AfD eine nationalistische und rassistische Partei ist. Doch auch in der Sicherheits- und Friedenspolitik haben AfD-Wähler*innen einer Partei ganz bewusst ihre Stimme gegeben, die für Militarisierung, Aufrüstung und letztlich Krieg steht: Die Partei will die Wehrpflicht reaktivieren, rechtes Gedankengut in der Bundeswehr fördern und die Armee aufrüsten (Zitate aus dem letzten Wahlprogramm der Partei siehe Kasten auf der nächsten Seite). >>

Inhalt

Titel

4 Stefan Philipp: Nachdenken über Pazifismus und die Grundsätze der DFG-VK

10 Werner Glenewinkel:

Auf der Suche nach einem angemessenen Umgang

mit der WRI-Grundsatzerklärung

13 Ralf Cüppers: Wer Verteidigungskriege richtig findet, sollte aus der DFG-VK austreten

Meinung

3 Michael Schulze von Glaßer: Klare Position gegen rechts

Antifaschismus

6 Cornelia Mannewitz: Die Bedeutung des Antifaschismus als wesentlicher Bestandteil der DFG-VK-Arbeit

Ukraine-Krieg

15 Margot Käßmann und Jürgen Grässlin: „... aber nicht mit rechts“

16 Margot Käßmann: Frieden geht nicht mit „rechts“

Pazifismus

18 Hans-Jürgen Kobus: Rettet den Pazifismus

20 Theodor Ziegler: Soziale Verteidigung vorbereiten

22 Interview mit Johanna Grieger, dem ältesten DFG-VK-Mitglied

International

24 Guido Grünewald: Friedenslogik gegen die Unlogik des Krieges

26 Keno Goertz: Global betrachtet **Kriegsdienstverweigerung**

28 Guido Grünewald: Deserteure und KDVer unterstützen **Antimilitarismus**

29 Willi Rester und Rainer Schmid: Kirche und Militär trennen

30 Stefan Lau: Alte Kriegskritik leider immer noch aktuell

DFG-VK intern

32 David Scheuing, Shari Kohlmeyer, Kathi Müller und Ralf Buchterkirchen: Wie Rassismus aus Worten spricht

34 Kai-Uwe Dosch: Die neue Konfliktberatungskommission des DFG-VK-Bundesverbandes

15 Impressum • 35 Literatur •

35 Briefe • 39 Satire • 40 Karikatur

Auszüge aus dem AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 (Titel: „Deutschland. Aber normal.“), Seiten 62 bis 68

- Die Mitgliedschaft in der NATO und eine aktive Rolle Deutschlands in der OSZE sind bis auf Weiteres zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie.
- Damit dem Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung wieder Rechnung getragen werden kann, muss unsere Bundeswehr nicht nur finanziell gut ausgestattet sein, ihr muss die Eigenständigkeit insbesondere bei Material und Personal zurückgegeben werden.
- Die AfD fordert außerdem den Erhalt einer autonomen und leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Deutschland.
- Die Bundeswehr soll wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte leben.
- Über mehr als fünf Jahrzehnte hat die Wehrpflichtarmee der Bundesrepublik Deutschland gute Dienste geleistet und für eine Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft gesorgt. Die AfD tritt daher für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ein. Die Wehrpflicht soll um ein Gemeinschaftsdienstjahr ergänzt werden.

» Und so fühlten sich rechte Gruppen und Personen – sogar über die AfD hinaus – eingeladen.

Grundlage für die Kundgebung war eine als „Manifest für Frieden“ überschriebene Unterschriftenliste, die Wagenknecht und Schwarzer kurz zuvor veröffentlicht hatten. In dem Text steht nichts direkt Falsches, aber der Tenor und vor allem das, was nicht drinsteht, sollte zu denken geben. Zwar heißt es gleich am Anfang „Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität“, konkrete Maßnah-

men – etwa ein massiver Ausbau humanitärer Hilfe (z.B. die Lieferung von Rettungs- oder Feuerwehr-Fahrzeugen) werden aber nicht gefordert (einige weitere Hilfsmaßnahmen habe ich in meinem langen Text „Warum Pazifismus wichtiger denn je ist“ in der letzten *ZivilCourage* aufgelistet). Und auch der einfachste und schnellste Weg, den Krieg in der Ukraine zu beenden, fehlt in dem „Manifest für Frieden“ als Forderung: Der Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine.

An anderer Stelle ist das „Manifest“ unscharf. Zu Waffenlieferungen an die Ukraine heißt es: „Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen“ – also nur keine Kampfpanzer und Kampfhubschrauber, aber die Lieferung von z.B. Kleinwaffen ist in Ordnung? Warum steht in dem „Manifest“ nicht die klare und bereits – u.a. von uns – weitverbreitete Forderung „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“? Warum haben Wagenknecht und Schwarzer in ihrem „Manifest für Frieden“ nicht Schutz und Asyl für Kriegsflüchtlinge – oder zumindest für Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen aus Russland und der Ukraine – gefordert? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Als DFG-VK-Bundesverband haben wir uns an dem Februar-Wochenende am „Stoppt das Töten in der Ukraine“-Bündnis beteiligt – es sogar gemeinsam mit 18 weiteren Friedensgruppen aufgebaut. In über 40 Städten fanden Aktionen statt. Vielen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben! Besonders hat mich gefreut, dass die zur Verfügung gestellten Materialien einschließlich der Kerzen-Aktionssets, um Peace-Zeichen aufzustellen, so gut angenommen wurden (was wiederum im unserem DFG-VK-Shop zu einer großen Welle an Bestellungen führte, die unsere Mitarbeiterin Susanne Bödecker mit enormem Engagement bewältigt hat: Vielen Dank extra auch nochmal dafür!). Ohne Frage hatte der „Stoppt das Töten“-Aufruf aus unserer Sicht Schwä-

chen – wir konnten uns in dem Bündnis nicht in allen Punkten durchsetzen. Daher wurde es den lokal Aktiven überlassen, Leerstellen zu ergänzen – was auch einige wahrgenommen haben. Insgesamt waren die „Stoppt das Töten“-Aktionen gut, wurden medial aber wenig wahrgenommen.

Denn dort und in Diskussionen ging es an dem Wochenende fast ausschließlich um die Wagenknecht/Schwarzer-Kundgebung – und das sehr kontrovers, etwa wenn es um die Einladung von AfD-Wähler*innen ging. Oft hörte ich dabei von Friedensbewegten den Satz: „Wir müssen doch mit allen reden!“ Es ist aber ein Unterschied, mit Menschen am Tresen einer Kneipe oder im privaten Raum zu sprechen oder gemeinsam mit ihnen bei einer öffentlichen Aktion – sei es eine Podiumsdiskussion oder eine Demonstration – aufzutreten. Und noch etwas ganz anderes ist es, Menschen mit extrem rechten politischen Positionen zur eigenen Kundgebung einzuladen. Dies wäre in unserem Falle sowohl ein Verstoß gegen mindestens einen Bundeskongress-Beschluss als auch gegen unsere Satzung. Wir müssen unglaublich viel reden und Menschen von unseren Positionen überzeugen – vor allem diejenigen, die noch bis vor Kurzem in vielen Punkten mit uns einer Meinung waren, müssen wir wiedergewinnen! Unsere Aktionen müssen aber unsere bleiben – und nicht extra so gestaltet sein, dass sie für Menschen mit xenophoben Positionen anschlussfähig sind.

Ein weiterer Satz, den ich oft hörte: „Die Friedensbewegung darf sich nicht spalten!“ Dem liegt schon die Fehlannahme zugrunde, es gebe die Friedensbewegung. Denn es gab noch nie die Friedensbewegung – es war schon immer eine kaum definierbare, sehr heterogene Ansammlung von Gruppen (und auch Parteien), die sich gegen die regierende deutsche Sicherheitspolitik stellt: In dieser Wolke befinden sich etwa religiöse Gruppen, die sich aus theologischen Motiven für Gewaltfreiheit einsetzen, Kommunist*innen, die im Militär ein Mittel

zur Unterdrückung der Arbeiterklasse sehen, migrantische Gruppen – etwa aus der Kurdistan-Solidarität –, die dem Einsatz von Waffen nicht grundsätzlich abgeneigt sind, und viele, viele, viele mehr – auch die DFG-VK. Und sind nicht auch Initiativen wie die „Seebrücke“, die sich für Flüchtende einsetzen, „Fridays or Future“, die gegen die Klimakatastrophe (und damit gegen eine zukünftige Hauptursache von Kriegen) demonstrieren, oder Antifa-Gruppen, die sich gegen Neonazis engagieren, irgendwie Friedensbewegung?

Wir haben schon immer geguckt, mit wem wir zusammenarbeiten – und mit wem nicht. Dies ist immer im Wandel und hat auch immer wieder zu kontroversen Debatten geführt – etwa 2014, als ebenfalls nationalistische Gruppen und Menschen sowie welche, die Verschwörungsmythen anhängen, auf unsere Themen aufsprangen: Die mangelnde Abgrenzung vieler Friedensgruppen war nicht nur inhaltlich bedenklich, sondern hat schon damals zu einem enormen Imageschaden geführt, der noch bis heute nachwirkt und sich aktuell wieder verschärft. Antirassistische und antifaschistische Gruppen sowie welche der feministischen und Klima-Bewegung wollen nichts mehr mit „der Friedensbewegung“ zu tun haben und sind erstmal – auch von uns als DFG-VK – abgeschreckt.

Die Wagenknecht/Schwarzer-Kundgebung hat das Image von Friedensgruppen wie der unseren enorm geschädigt: Junge Menschen erzählen mir, dass sie sich gerne ge-

gen Krieg einsetzen wollen, aber die „Friedensbewegung“ mittlerweile mit „rechts“ assoziieren und sich daher von ihr fernhalten. Wenn ich jüngeren Menschen erzähle, dass ich bei einer Friedensorganisation aktiv bin, ernte ich skeptische Blicke und muss sofort nachschieben: „Nein, wir hatten mit der Wagenknecht/Schwarzer-Kundgebung nichts zu tun und sind auch nicht offen für rechte Positionen.“ Und es ist nicht nur so, dass außenstehende junge Menschen nicht mehr zu uns kommen – es gab auch einige Austritte gerade junger Menschen, weil sich einzelne Gliederungen nicht klar genug abgrenzten oder sich sogar offen für die problematischen Positionen zeigten. Daher müssen wir umso deutlicher machen, wo wir stehen und was für einen „Frieden“ wir wollen.

Denn das ist am Ende die Frage,

um die sich die Debatte dreht: Was verstehen wir unter „Frieden“? Sind wir als Pazifist*innen und Antimilitarist*innen tatsächlich der Meinung, dass Menschen, die andere aufgrund z.B. ihrer Hautfarbe, Herkunft oder sexuellen Orientierung, diskriminieren (oder sogar bedrohen) und sich für eine Reaktivierung der Wehrpflicht sowie für Aufrüstung einsetzen „ehrlichen Herzens [...] für Frieden“ sein können? Wer Rassist*innen einlädt, lädt andere aus. Was wäre das für ein Frieden, in dem nicht alle Menschen sicher sind und der für ein Mehr an Militär sorgt? Nein, wir wollen – so haben wir es schon in unsere Satzung entworfen – eine Welt, in der „niemand rassistisch behandelt wird oder we-

gen seiner sexuellen Identität, seines Alters, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner sozialen Lage, seiner Herkunft, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder seiner Behinderung benachteiligt wird.“ Wir setzen uns für die „Beseitigung jeglicher Unterdrückung“ ein. Und auch unsere Grundsatzerklärung zeigt uns den Weg: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Kriegsursachen gibt es viele, doch rechte Ideologien – etwa Nationalismus und Militarismus – und Verschwörungsmythen sind Hauptursachen für Kriege. Deswegen müssen wir uns gegen sie und ihre Vertreter*innen stellen. Werden wir alle uns dessen in dieser bewegten – und sicher auch manchmal schwindelerregenden – Zeit (wieder) bewusst!

Position beziehen wir dabei u.a. mit unseren Aktionen: Im Mai haben wir gemeinsam mit rund 30 Organisationen sowohl aus Deutschland als auch aus anderen Ländern zu Aktionen rund um den Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai aufgerufen (www.connection-ev.org/ObjectWarCampaign). Wir fordern Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine: Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht! Bleiben wir gemeinsam dafür aktiv!

Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK. <<

Neuer Mitarbeiter in der DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

Seit April kümmert sich Ullrich Kurrle als neuer hauptamtlicher Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle (BGS) in Stuttgart um die Verwaltung der DFG-VK.

Er ist der Nachfolger von Susanne Jallow, die 17 Jahre lang in der DFG-VK-BGS tätig war. Dort hat sie mit ihrer langfristig verlässlichen, kompetenten und engagierten „Arbeit im Hintergrund“ maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gliederungen und die Gremien der DFG-VK auf einer stabilen Basis zusammenarbeiten und ihre friedenspolitischen Initiativen entwickeln und umsetzen konnten.

Die Kontaktmöglichkeiten und Sprechzeiten der BGS: dfg-vk.de/kontakte/



Die Neue Rechte – „mit Messer und Gabel“

Die Bedeutung des Antifaschismus als wesentlicher Bestandteil der DFG-VK-Arbeit

Von Cornelia Mannewitz

U nser Bundeskongress im letzten Jahr hat einem Antrag zugestimmt, gemäß dem die DFG-VK antifaschistische Arbeit als wesentlichen Bestandteil ihrer Arbeit anerkennt. Die Dezember-sitzung des Bundesausschusses hat das mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe und ihrer Finanzierung unterfüttert.

litik, Überlegungen zum Zusammenhang von Faschismus und Krieg, aber auch Indizien für und Tipps gegen Querfrontstrategien und Versuche, Friedensveranstaltungen zu vereinbaren – Themen wie diese werden in der kommenden Zeit in der DFG-VK ständig auftauchen, immer verbunden mit den Fragen „Wie sind unsere Erfahrungen mit diesem Thema?“ und „Was bedeutet es konkret für uns?“

Wie soll das aussehen? Geplant sind Infobriefe, Artikel, Rezensionen, Vorträge und Diskussionen, Workshops, Buchlesungen und Filmveranstaltungen. Parallel dazu soll sich allmählich ein Wissensspeicher füllen: eine Dateiensammlung in der Cloud. Auch alle Mitglieder in ihren Gruppen und Landesverbänden sind aufgerufen, zu überlegen, wie sie ihre antifaschistische Arbeit noch verstärken können. Macht mit! Alle zusammen sollten wir darüber nachdenken, wie wir zu Regeln des Umgangs mit rechts kommen, die für uns passen – idealerweise für die DFG-VK eine Policy erarbeiten, wie sie zum Beispiel der Bund für Soziale Verteidigung schon hat.

Diese Arbeit soll über alle „Kanäle“, also Medien, der DFG-VK laufen. Zu ihnen gehört auch die *ZivilCourage*. In jeder Nummer wird mindestens ein Artikel zum Thema Friedensarbeit und antifaschistische Arbeit erscheinen. Dies ist der erste.

Warum ist die Verbindung von Friedensarbeit und antifaschistischer Arbeit wichtig?

Weil einige Friedensfreund*innen immer noch kein Problem damit haben, zusammen mit Rechten zu demonstrieren. Sie halten sie für ihresgleichen, wenn sie von ihnen das Wort „Frieden“ hören. Sie unterscheiden nicht, ob jemand Frieden für alle oder nur für Deutschland oder nur für

sein eigenes Unternehmen will. Oder ob es ihm überhaupt nur darum geht, mit dem wohlklingenden Wort „Frieden“ Orientierungslose anzulocken, sich auf diese Weise eine Massenbasis zu schaffen und mit dieser in die ihm genehme politische Richtung zu ziehen, zum Beispiel zu den Zielen der Reichsbürger.

Friedensfreund*innen versichern, auf dieser oder jener Demo keine Rechtsradikalen gesehen zu haben. Dabei denken sie vermutlich an junge Männer mit Glatzen und Springerstiefeln, die krudes Zeug brüllen und sich nicht benehmen können. Auch in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion wird das Problem Rechtsradikalismus oft noch in Richtung „rechte Gewalt“ verengt.

Dabei geht eine mindestens ebenso große Gefahr von den Rechtsradikalen aus, die im feinen Zwirn daherkommen, Fremdwörter richtig gebrauchen und sehr wohl wissen, wie man Gabel und Messer hält, im Zweifelsfall auch das Austernmesser. Sie bilden den größtmöglichen Gegensatz zu dem, was landläufig als „rechts“ gilt, und daher sollen ihnen hier ein paar Worte gewidmet werden:

Rechtsradikale Strömungen: Das Beispiel der Neuen Rechten. Die Bezeichnung kann missverstanden werden; manche*r hat hinter ihr schon „alte“ Rechte vermutet, die einfach eine Zeitlang nicht aufgefallen sind und jetzt plötzlich ins öffentliche Bewusstsein drängen. Aber hier handelt es sich um ein anderes Phänomen: Die Neuen Rechten haben mit den „alten“ Rechten (vulgo: Nazis) nur mittelbar etwas zu tun. Sie berufen sich auch nicht auf sie – zu unkultiviert, zu unintellektuell und schließlich auch zu diskreditiert. Sie berufen sich auf anderes: auf das Gedankengut der so-



Foto: Cornelia Mannewitz

Das heißt: „Was ist links, was ist rechts?“, „Was haben Faschismus, Rassismus, Nationalismus und Kapitalismus miteinander zu tun?“, „Wer verbreitet Verschwörungsmymen?“, „Rechtsradikale Strömungen und Organisationen“, „Rechtsradikalismus in der Kunst“, „Rechtsradikale in der Bundeswehr“ und natürlich unser „Eingemachtes“: „Die Rechte und die Friedensbewegung“, mit Beispielen für die Verfolgung Friedensbewegter durch rechte und rechtsradikale Po-

genannten Konservativen Revolution zur Zeit der Weimarer Republik. Diese „Revolutionäre“ wollten keinen liberalen, sondern einen autoritären Staat. In der Zeit des Umbruchs nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und, nicht zu vergessen, einer niedergeschlagenen sozialistischen Revolution sorgten sie sich um das Überleben der Eliten, die Rolle Deutschlands in der Welt und die Einheit von Volk und Staat im Innern.

Die Strömungen innerhalb der Ideologie der, wie man sie auch nennt, Jungkonservativen waren vielfältig. Zwei ihrer typischen Vertreter kann man trotzdem benennen: Oswald Spengler und Carl Schmitt. Sie werden auch von den Neuen Rechten gelesen.

Die deutschen Faschisten konnten hier in Vielem anknüpfen. Die Anhänger der Konservativen Revolution wollten sich dagegen selbst nicht politisch organisieren, etwa eine Partei werden. Von Parteien hielten sie nichts, Parlamente verachteten sie. Auch von der NSDAP hielten sie sich eher fern. Ihnen ging es darum, die geistigen Grundlagen für einen politischen Wandel zu schaffen, der ihren Vorstellungen entsprach. Das tun auch die Neuen Rechten. Sie sehen sich in einem „Kulturkampf“.

Wo und wie findet man die Neuen Rechten? Auch sie sind eher in Netzwerken organisiert. Ein Wort, das man von ihnen oft hören kann, ist „Ethnopluralismus“. Es bezeichnet eines ihrer zentralen Konzepte. Vielleicht ist es dem einen oder der anderen schon begegnet. Oberflächlich betrachtet, klingt es nach der bekannten Idee einer multikulturellen Gesellschaft, in der man zusammenlebt und voneinander lernt. Gemeint ist aber eine Vorstellung vom Nebeneinanderbestehen verschiedener Volkscharaktere – unveränderlicher ethnischer und kultureller Identitäten (das Wort „Rassen“ verwenden die Neuen Rechten nicht). Sie sollen zwar alle als gleichwertig anerkannt werden; da die Neuen Rechten aber innerhalb eines Landes

ethnische und kulturelle Homogenität fordern, läuft diese Anerkennung auf Ausgrenzung „Fremder“ hinaus. Mit solchen Begriffsverschiebungen und den feinen Formulierungen der Neuen Rechten lassen sich alte rechtsradikale Losungen wie „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ salonfähig machen.

Die Neuen Rechten unterhalten Denkfabriken – Zentren für die Diskussion, Verbreitung und weitere Ausarbeitung ihrer Theorien. Als eine solche Denkfabrik kann man die „Bibliothek des Konservatismus“ in Berlin bezeichnen, die von der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung betrieben wird. Besonders wichtig ist allerdings das „Institut für Staatspolitik“ in Schnellroda, einem Ortsteil von Steigra in Sachsen-Anhalt. Es ist keine Hochschuleinrichtung, organisiert aber Vorträge, führt Seminare durch und publiziert. Dort äußert man sich auch zu aktuellen Themen von Krieg und Frieden. Gleich auf der Hauptseite des Instituts findet man einen Vortrag zum Thema „Ukraine: Lehrstunde der Geopolitik“ von der Sommerakademie des Instituts 2022 und einen Artikel über die Rolle der USA im Ukraine-Konflikt. Verbunden mit dem Institut sind der Verlag „Antaios“ und die Zeitschrift „Sezession“. In den Titeln des Verlags spiegeln sich die Schwerpunkte neurechten Denkens: „Volks-tod – Volksauferstehung“, „Wir erziehen. Zehn Grundsätze“ (der Verlag über dieses Buch: „In Deutschland läuft ein links-liberales Gesellschaftsexperiment. Die Axt wurde an die Wurzel gelegt – der Bereich der Erziehung ist das Experimentierfeld schlechthin. Das muß ein Ende haben (...)“ – Bemerkung: die Neue Rechte benutzt die alte Rechtschreibung) und, ganz unverschleiert, „Systemfrage. Vom Scheitern der Republik und dem Tag danach“. In der „Sezession“ wird diskutiert, wie der Ukraine-Konflikt aus ethnopluralistischer Sicht zu beurteilen sei, unter anderem angesichts einer behaupteten „noch nicht abgeschlossenen Ethnogenese“ des ukrainischen Volkes.

Und was kann jede und jeder von uns jetzt sofort tun? Zum Beispiel nachsehen und feststellen, dass ein Artikel in der letzten Nummer dieses Magazins ausgerechnet Bücher lobt, deren Autoren Verschwörungsmymen unterstützen, und zum Thema Anschluss der Krim an Russland 2014 einen Staatsrechtsprofessor zitiert, der auch Mitglied des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist. Und sich ansehen, was sie schreiben. Anmerkung: Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung will sich ebenfalls als rechte Denkfabrik etablieren. Nicht umsonst nimmt der Einfluss der Neuen Rechten auf die AfD in



den letzten Jahren zu. Laut ihrer Webseite betrachtet die Stiftung als eine ihrer Aufgaben die „Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen“.

Wachsam sein! Und weiterlesen. Im Internet zum Beispiel diesen Artikel: „Die Neue Rechte“ von Helmut Kellershohn (<https://bit.ly/3CW21GB>).

Cornelia Mannewitz ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. <<

Jeder Krieg ist ein Verbrechen

Nachdenken über Pazifismus und die Grundsätze der DFG-VK

Von Stefan Philipp

Pazifismus ist in Deutschland im Laufe des Ukraine-Kriegs für manche zu etwas Bösem geworden, Pazifist wird als Schimpfwort benutzt. Warum? Weil Pazifist*innen die von Bundeskanzler Olaf Scholz gleich nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine Ende Februar 2022 behauptete Zeitenwende in Frage stellen. Weil sie die daraus abgeleiteten Folgen der Aufrüstung und der militärischen Unterstützung der Ukraine kritisieren. Weil sie das Denken und Handeln nach der Kriegs- und Gewaltlogik ablehnen und sich für einen sofortigen Waffenstillstand, für Verhandlungen und ein schnelles Ende des Krieges entsprechend der Logik des Friedensschaffens einsetzen.

Wir sollten uns nicht irre machen lassen vom Gegenwind, der uns aus der herrschenden Politik und den

Mainstream-Medien entgegen weht – sondern uns darauf besinnen, was die Grundlagen und Prinzipien unseres Verbandes sind, was wir in unserer Grundsatzerklärung, in Satzung und Programm festgelegt haben, was die Ziele unseres Engagements sind. Dass die Mächtigen, dass die Militaristen, dass die Inhaber der Staatsgewalt gegen uns sind, das braucht nicht zu wundern, das war schon immer so. Dass es unter uns selbst Zweifel, Irritationen, andere Auffassungen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Prioritäten gibt, ist ebenfalls nicht ungewöhnlich.

Die Politik der DFG-VK wird aber bestimmt von den in ihrer Satzung bestimmten Gremien und den dort festgelegten Verfahrensweisen. Wenn sich die DFG-VK also öffentlich äußert z.B. in Presseerklärungen des

BundessprecherInnenkreises, sich in Bündnissen engagiert, auf Orts-, Landes- oder Bundesebene Aktionen und Demonstrationen durchführt, dann wurde das demokratisch mit Mehrheiten so beschlossen. An den Diskussions- und Entscheidungsprozessen kann sich jedes Mitglied beteiligen.

In Fragen von Strategie und Taktik unseres Engagements gegen Krieg und für Frieden müssen wir also streiten, nach Kompromissen suchen und Wege finden, die von möglichst vielen mitgegangen werden. Und natürlich müssen wir immer wieder prüfen, wie die Wirklichkeit ist und wie unsere Grundsätze und Ziele dazu passen.

Ausgangspunkt solcher Prüfung ist unsere Grundsatzerklärung, zu der sich jedes Mitglied beim Eintritt in die DFG-VK verpflichtet. Sie ist gleichzeitig die Grundlage allen Engagements

Aus dem Programm der DFG-VK

Was wir wollen

Unser Ziel ist die Ächtung und Abschaffung des Krieges in jeglicher Form. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Kriegführung zu behindern, kommende Kriege zu verhindern und uns jeglicher Kriegspropaganda entgegenzustellen. Mit Krieg werden Konflikte nicht gelöst, sondern nur neue Konflikte und neue Gewalt hervorgerufen. Krieg schafft keine gesellschaftliche Sicherheit. Mit Krieg werden Menschenrechte nicht geschützt, sondern nur menschliches Leben vernichtet. Mit Krieg wird nicht zur Lösung der drängenden globalen Probleme wie Armut, Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Klimawandel beigetragen, sondern diese Probleme werden nur noch verstärkt.

Unser Handeln zielt darauf, dass militärische Gewalt und Soldatentum geächtet und aus den internatio-

nalen Beziehungen verbannt werden. Wir unterstützen die Verweigerung aller militärischen und nichtmilitärischen Kriegsdienste als einen Beitrag gegen Krieg und Kriegsvorbereitung. Wir setzen uns ein für das uneingeschränkte Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

Wir fordern den Stopp des Waffenhandels und der Rüstungsproduktion. (...)

Wir fordern die Abschaffung der Bundeswehr als ersten Schritt zur weltweiten Abrüstung. Konflikte können dauerhaft nur gewaltfrei gelöst werden. Daher fördern wir die Erarbeitung, Erprobung und Anwendung von Methoden Ziviler Konfliktbearbeitung.

Für uns bedeutet Frieden die Verwirklichung von politischer, sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit auf der ganzen Welt. Untrennbar damit verbunden ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der schonende Umgang mit nicht erneu-

erbaren Ressourcen. Denn ökonomische Gewaltverhältnisse, wie die derzeitige auf Ausbeutung beruhende kapitalistische Weltwirtschaftsordnung, Umweltzerstörung und Verschwendung von Rohstoffen erzeugen neue Kriegsgefahren und gefährden menschliches Leben.

Auch Rassismus, Nationalismus und patriarchale Herrschaft sind Gewaltformen, die das Entstehen von Kriegen mit befördern und denen wir entgegenzutreten.

Die DFG-VK propagiert kein bestimmtes politisches oder soziales System. Wir erkennen aber als entscheidende Kriterien für die Fortentwicklung von Politik und Gesellschaft die Verwirklichung der Menschenrechte, die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie den Abbau struktureller Gewalt. Dazu gehört die umfassende Demokratisierung politischer und ökonomischer Prozesse. dfg-vk.de/programm/

in den Mitgliedsgruppen des weltweiten Netzwerks der *War Resisters' International (WRI)*, dem wir angehören. Diese Internationale wurde 1923 gegründet, also kurz nach dem Ende des vom Deutschen Kaiserreich mit-begonnenen Ersten Weltkriegs, in dem mehr als 17 Millionen Menschen ums Leben kamen. Sie gab sich diese Grundsatzserklärung, nach der der Krieg ein Verbrechen an der Menschheit ist.

Wenn man den Realitäts-Check macht, also die Tauglichkeit der Prinzipien für die Wirklichkeit prüft, dann muss man die Grundsatzserklärung interpretieren. Seriös ist eine solche Auslegung nur dann, wenn man zunächst den Wortlaut nimmt, und dann gegebenenfalls weitere Aspekte wie die Entstehungsgeschichte und die Rahmenbedingungen mit einbezieht. Für den Satz „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit“ heißt das: Der Krieg als solcher, und damit jeder ohne Ausnahme wird als Verbrechen bezeichnet. Damit wird kein Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen, zwischen Bürgerkriegen und vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Kriegen, zwischen Befreiungskriegen und Eroberungskriegen gemacht. Bekräftigt wird diese Aussage durch die Verpflichtung im folgenden Satz der Grundsatzserklärung, „keine Art von Krieg zu unterstützen“.

Was aber ist Krieg eigentlich? Bei aller möglichen weiteren Differenzierung dürfte wohl die allgemeine Definition, wie sie bei Wikipedia gegeben wird, unumstritten sein. Dort wird Krieg als ein organisierter und unter Einsatz erheblicher Mittel mit Waffen und Gewalt ausgetragener Konflikt bezeichnet, an dem planmäßig vorgehende Kollektive zur Durchsetzung ihrer Interessen beteiligt sind.

Aus pazifistischer Sicht von besonderem Interesse dürfte dabei die Organisiertheit des Waffen- und Gewalteinsetzes sein. Aus ihr folgt, was Militär und militärähnliche Strukturen angeht, immer eine Hierarchie, die den einzelnen Menschen entpersönlicht. Betrachtet man dies z.B. vor dem Hin-

tergrund des deutschen Grundgesetzes und seinem obersten Prinzip, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, woraus das Verfassungsgericht zurecht folgert, dass ein Mensch niemals zum reinen Objekt vermeintlich übergeordneter Interessen gemacht werden darf, dann ergibt sich die Unvereinbarkeit von Menschenwürde und Militär.

Wendet man diese Überlegungen auf den aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine an, dann ergibt sich aus pazifistischer Sicht: Natürlich ist der russische Angriff ein Verbrechen. Aber auch das „kriegerische Verteidigen“ dagegen ist ein Verbrechen. Die Uno-Charta mag es erlauben, wir Pazifist*innen müssen das aber nicht gutheißen und auf unsere Kritik und Ablehnung verzichten. Schließlich wissen wir: Krieg ist immer Verwüstung und Zerstörung, bedeutet Mord und Totschlag, vernichtet Leben und Gesundheit, schafft ungeheures Leid und oft Traumatisierungen über Generationen hinweg. Nicht zu vergessen ist dabei: Im Krieg verlieren die meisten der betroffenen Menschen – viele alles, nämlich ihr Leben, und fast alle vieles, ihre Lebensgrundlage, ihre Entwicklungschancen, ihre Hoffnung. Nur wenige gewinnen, Geld, Einfluss, Macht.

Daran hat sich seit dem Ersten Weltkrieg, in dessen Folge die WRI mit ihrer Grundsatzserklärung entstand, nichts Wesentliches verändert – außer dass die Zerstörungskapazitäten immens gesteigert wurden und dass mit der Entwicklung der Atombombe eine Waffe vorhanden ist, die die Menschheit vernichten kann.

Die beiden auf den nächsten Seiten folgenden Beiträge von Werner Glenewinkel und Ralf Cüppers, die als Leserbriefe auf die letzten Ausgabe folgten, zeigen das Meinungsspektrum in der DFG-VK darüber, wie unsere Grundsatzserklärung im Blick auf den Ukraine-Krieg zu interpretieren ist. Lasst uns darüber streiten!

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage. ‹‹

Aus der Satzung der DFG-VK

§ 2 Zweck und Ziele

(1) Zweck des Verbandes ist die Förderung des Friedens und Rechtsgedankens in den zwischenstaatlichen Beziehungen und die Beseitigung jeglicher Unterdrückung. Er fördert die Ziele der Vereinten Nationen, den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit durch die friedliche Beilegung und Schlichtung aller internationalen Streitfragen unter Verzicht auf Gewaltanwendung und Androhung zu gewährleisten (...).

(2) Der Verband unterstützt die Bemühungen um die allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung, auf dieser Grundlage die kollektive Gewährleistung der Sicherheit, die Überwindung des Kolonialismus, des Völker- und Rassenhasses in allen Erscheinungsformen und die gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technisch-wissenschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet.

(3) Er fördert daher die internationale und antimilitaristische Gesinnung und tritt ein für die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle. (...)

(4) Der Verband gewährt Menschen, die Kriegsdienste verweigern Schutz und Hilfe. Er setzt sich ein für die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht.

(5) Der Verband bedient sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben ausschließlich der Mittel des gewaltlosen Kampfes und solcher Mittel, die nicht in Widerspruch zu den Menschenrechten stehen.

§ 4 Mitgliedschaft

(4) Jedes Mitglied verpflichtet sich zu folgender Grundsatzserklärung: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

dfg-vk.de/satzung-der-dfg-vk/

Zweifel sind notwendig und unverzichtbar

Auf der Suche nach einem angemessenen Umgang mit der WRI-Grundsatzserklärung

Von Werner Glenewinkel

Die beiden letzten Hefte der *ZivilCourage* bieten vielfältige Beiträge zum Krieg in der Ukraine und der Frage, wie PazifistInnen sich dazu verhalten müssen bzw. dürfen. Sie machen nachdenklich. Ich bin auf der Suche nach dem – nein: einem – angemessenen Umgang mit der Grundsatzserklärung der DFG-VK.

Die *ZivilCourage* lädt ein, darüber zu streiten in einem Rahmen, dass der Streit „produktiv“ werden kann und dass er von „Respekt und Toleranz geprägt“ ist. Mehr noch: Zweifel seien nicht verboten, sondern gerade in den existentiellen Fragen von Krieg und Frieden normal.

Beginnen wir also mit dem „Normalfall“. Ein Land erklärt einem anderen den Krieg. Dann beginnen die jeweiligen militärischen Operationen auf dem „Schlachtfeld.“ Es wird gekämpft, bis zum Umfallen. Für diese Kriege gilt: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.“

Wer wollte daran zweifeln? Krieg führt zu Tod und Leid und Vernichtung von Ressourcen. Deshalb ist es folgerichtig zu erklären: „Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen.“ Weder durch meine Teilnahme noch durch persönliche Unterstützungshandlungen für eine Kriegspartei. Auch daran habe ich keinen Zweifel. Somit ist auch der zweite Teil dieses Satzes folgerichtig: „... und entschlossen, an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Eine allerdings sehr vollmundige Erklärung, denn sie unterstellt, als könne jeder Bürger direkt an der Beseitigung von Kriegsursachen mitarbeiten. In realistischer Einschätzung der zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten bleiben für die Umsetzung dieses Entschlusses die Aktivitäten, die ein

demokratischer Rechts-Staat seinen BürgerInnen einräumt: die Mitgliedschaft in relevanten Organisationen wie z.B. die DFG-VK; die freie Meinungsäußerung in Leserbriefen, Aufsätzen und Flugblättern wie z.B. in der *ZivilCourage*; das Recht, sich mit Petitionen an die Volksvertretung zu wenden; und vor allem das Recht auf Teilnahme an Demonstrationen wie z.B. am 24. Februar der Menschenkette von Osnabrück nach Münster. Sie sind – wie wir aus vielfältiger Erfahrung wissen – keineswegs wirkungslos, aber in ihrer Wirksamkeit doch sehr auf Dauer angelegt, ein Bohren dicker Bretter.

Worüber also sollte gestritten werden? Für mich entsteht der Streit bei der Frage, ob die Grundsatzserklärung sagen will, dass jeder Krieg ein Verbrechen ist oder ob ein Verteidigungskrieg wie der in der Ukraine nicht darunter fällt.

Die *ZivilCourage* gibt sich entschieden. Das Editorial des Hefts 4/22 sieht „wenig Interpretationsspielraum“ und versteht die Grundsatzserklärung nicht als eine „bloß visionäre Zielbeschreibung“, sondern „eine Selbstverpflichtung“.

Mit diesem rigiden Verständnis der Grundsatzserklärung wird verständlich, dass Mitglieder, die für Waffenlieferungen an die Ukraine seien oder noch keine abschließende Meinung zu dieser Frage gewonnen hätten, eigentlich und ehrlicherweise die Grundsatzserklärung nicht hätten unterschreiben dürfen oder gar nicht mehr Mitglied bei der DFG-VK sein sollten/dürften?

An dieser Stelle fangen meine Zweifel an. Für mich ist die Grundsatzserklärung in der Tat eine visionäre Zielbeschreibung. Wer „Die Waffen nieder“, diesen visionären Roman von Bertha von Suttner aus dem Jahre

1889, liest, bekommt diese Vision anschaulich vor Augen geführt:

- Krieg ist immer ein Verbrechen an der Menschheit. Und gleichwohl kommt es immer wieder zu Kriegen – gegen alle Vernunft, gegen alle Menschen, die den Krieg nicht unterstützen und an der Beseitigung der Kriegsursachen mitarbeiten wollen. In von Suttners Roman gibt es viele Kriege, vor allem 1864, 1866 und 1870 – in meinem Geschichtsunterricht kurz zusammengefasst als die „Einigungskriege“ mit der impliziten Botschaft: Sie haben zu etwas Gutem geführt.

In unserer heutigen Zeit steht der Krieg in der Ukraine für uns in Europa im Mittelpunkt. Vergessen wir nicht die Kriege in Somalia, im Jemen in Syrien oder in Äthiopien. Und das sind nur die erklärten und offensichtlichen Kriege. Daneben gibt es Kriege, die wir nicht kennen, weil über sie nicht berichtet wird: Über Bürgerkriege, über Kriege um Ressourcen, über Kriege um die Aufrechterhaltung von Macht.

- Die Mitarbeit an der Beseitigung von Kriegsursachen ist langwierig und mühevoll.

Bertha von Suttners Eintreten für die Herrschaft des Rechts gegen die militärische Gewalt hat zur Gründung der DFG geführt; es gibt mittlerweile unzählige Abkommen zur „Humanisierung“ des Krieges – von der Genfer Konvention, mit der Einrichtung des Roten Kreuzes bis zum Atomwaffenverbotsvertrag vom 22.1.2021. Zweifel an der Wirksamkeit seien erlaubt.

- Selbst die Menschen, die Krieg als ein Verbrechen an der Menschheit ansehen, streiten untereinander.

Bertha von Suttner ist kurz vor Beginn des ersten Weltkrieges gestor-

ben. Der Streit geht immer wieder – schon seit 100 Jahren – darum, ob ein Verteidigungskrieg in gleichem Maße ein Verbrechen gegen die Menschheit wie ein „normaler“ Angriffskrieg.

Auf die aktuelle Streitsituation bezogen bedeutet das für mich: Der Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine ist zweifelsfrei ein Verbrechen. Steht der Verteidigungskrieg der Ukraine gegen diesen Angriff auf derselben moralischen Stufe? Darf ich einer Partei meine Stimme geben, die den Ukraine-Krieg mit Waffenlieferungen unterstützt? Die *CivilCourage* ist sich da sicher: Die Grundsatzerklärung der DFG-VK verpflichtete mich in gleicher Weise. Natürlich dürfe die Ukraine sich verteidigen. „Aber eben nicht mit kriegerischen Mitteln, also mit militärischer Gewalt“.

Stellen wir uns nur für einen Moment vor, die Ukraine hätte sich mit ihren militärischen Möglichkeiten verteidigt, solange es ging, ohne jegliche weitere Unterstützung aus dem Westen. Vermutlich wäre der Krieg seit einigen Monaten zu Ende. Russland hätte die Herrschaft über die gesamte Ukraine übernommen. Es wären wahrscheinlich weniger Menschen gestorben. Dafür hätte die Ukraine ihre Selbständigkeit verloren. Sie wäre zu einem besetzten Land geworden. Russland hätte alle Bedingungen eines Waffenstillstandes diktieren können. Die Ukrainer und Ukrainerinnen hätten ihre Freiheit verloren, also einen schmalen Bestand an Freiheitsrechten, die sie sich in ihrer sich noch entwickelnden freiheitlichen Gesellschaft bisher erworben hatten.

Ich habe große Zweifel, dass wir die Entscheidung „Leben oder Freiheit“ für die Ukraine treffen dürfen; sie haben sich entschlossen, für ihre Freiheit unter Einsatz vieler Leben zu kämpfen. Ohne Waffenlieferungen hätten wir ihnen die Entscheidung – unberechtigterweise – abgenommen. Wir hätten vom sicheren Sofa aus zugehört, wie dieses Land zum zweiten Mal völkerrechtswidrig besetzt wird. Es wäre so etwas wie unterlassene Hilfeleistung geworden. Als

Kriegsdienstverweigerer wissen wir, welche Antwort die einzig richtige gewesen ist, wenn unsere Gewaltlosigkeit auf eine unzulässige Probe gestellt werden sollte. Natürlich darf sich auch ein Kriegsdienstverweigerer mit Gewalt gegen einen Angriff wehren. Das Recht auf Notwehr gilt auch dann. Analog dazu bin ich für das völkerrechtlich verankerte Recht auf Selbstverteidigung eines Staates.

In welche schwierige Situation man geraten kann, wenn die Grundsatzerklärung als eine uneinschränkbare Selbstverpflichtung verstanden wird, zeigt der Leitartikel von Ernst Rattinger (ZC 4/22). Zweifel sind keine Schande schreibt er. Aber da komme ich erneut ins Zweifeln, ob ich wirklich zweifeln darf. Denn Rattinger schreibt angesichts verzweifelter Menschen aus der Ukraine, die darum betteln, ihrem Land Waffen zu liefern, dass er seiner pazifistischen Grundsatzposition gemäß diesen Wunsch ablehnt – wenn auch mit einem „Rest von schlechtem Gewissen.“

Dann fügt er hinzu: „Fast allen ist inzwischen klar, dass der Ukraine-Krieg nicht mit dem verbrecherischen Angriff Russlands im Februar 2022 begonnen hat, sondern dass da eine Entwicklung über Jahrzehnte hinweg kritisch reflektiert werden muss. Die ganzen Zumutungen seitens der von den USA dominierten Nato gegenüber Russland müssen an dieser Stelle nicht wieder aufgezählt werden und auch nicht das durchaus konfrontative Verhalten der ukrainischen Politik gegenüber den russischsprachigen Menschen im Lande“.

Ist es übertrieben, darin auch eine Spur von Verständnis für den Angriffskrieg zu erkennen? Könnte es sein, dass damit das rigorose Nein gegenüber der Not und dem Leid der Ukrainer und Ukrainerinnen und deren Wünschen nach Unterstützung etwas entlastet werden soll? Denn es folgt die Frage: „Haben wir diese Vorgänge in ihrer Bedeutung immer richtig eingeschätzt und uns entsprechend vernünftig positioniert?“

Sie erlaubt mir, auf der Suche nach einem angemessenen Umgang mit der Grundsatzklärung festzustellen, dass in Kriegen „die“ Wahrheit als Erstes stirbt. Es gibt dann viele „Wahrheiten“, die von den jeweils eigenen Interessen bestimmt werden. Das gilt m.E. auch in diesem Verteidigungskrieg. Sorgfältige Differenzierungen müssen gefunden werden. Das erfordert, sich von einfachen Alternativen – z.B. Waffen liefern oder nicht liefern – zu verabschieden und sich dem schwierigen Sowohl-als-auch zuzuwenden.

- Zeitenwende meint eben nicht nur ein Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr von 100 Milliarden, sondern auch das Ende einer Welt, in der man ungeachtet aller Differenzen auf die Einhaltung geschlossener Verträge grundsätzlich vertrauen durfte. Der russische Angriff wird gegen alle rechtlichen Regelungen geführt. Das führt zu einem ungeheuren Vertrauensverlust.

- Die Nato ist eben nicht nur ein militaristisches Bündnis, das sich seit Beginn des Krieges unaufhaltsam aufrüsten will; sondern es vereint viele Länder mit sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen in Bezug auf Krieg im Allgemeinen und im Verhältnis zu Russland im Besonderen. Wir waren diejenigen, die Russland angegriffen haben; Finnland z.B. ist das Land, das von Russland überfallen wurde. Das muss zu unterschiedlichen Bewertungen der Situation führen.

- Die demokratische Meinungsbildung in demokratischen Ländern führt selten zu einmütigen Entscheidungen. Es gilt das Prinzip der Mehrheit. In Deutschland waren – soweit man Meinungsumfragen (hier vom 13.1.23) gelten lassen will – 42 Prozent der Befragten für und 46 Prozent gegen die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine. Die Regierung hat sich bemüht, sowohl das Bedürfnis nach Unterstützung der Ukraine als auch die Sorge um die möglichen Folgen so einer Entscheidung zu berücksichtigen. »

» Und das kann m.E. nicht bedeuten, dass die ständig neuen Forderungen der Ukraine nach westlicher Waffenlieferung zu erfüllen sind. Verteidigung heißt Verteidigung und nicht Angriff.

- Verhandeln ist besser als Krieg. Gibt es zu dieser theoretisch richtigen Behauptung auch eine praktisch realisierbare Alternative? Momentan sieht es so aus, als gäbe es keine Bereitschaft zum Verhandeln, weil die öffentlich geäußerten Kriegsziele unvereinbar sind. Nach der Erfahrung verschiedener Friedensforscher braucht es in solchen Situationen ein „schmerzliches Patt“, um zu Verhandlungen zu gelangen. Beide Seiten müssen also einsehen, dass sie ihre maximalen Ziele nicht erreichen können. Dann kann es zu erfolgreichen Verhandlungen kommen.

Vor 50 Jahren – im Januar 1973 – wurde in Paris nach vierjährigen Verhandlungen der Waffenstillstand zwischen Vietnam und den USA offiziell geschlossen. Und damit war der Friede leider noch immer nicht gewahrt.

Vor 60 Jahren – im Januar 1963 – wurde der deutsch-französische Freundschaftsvertrag feierlich geschlossen. Das Ende einer Erbfeindschaft. Ich kann mich an die Schlagzeilen noch erinnern. Aber die Bedeutung einer Erbfeindschaft, die jetzt beendet sein sollte, habe ich damals als Jugendlicher nicht verstanden. Die persönlichen Schilderungen von Martha in dem Winter 1870/71 in „Die Waffen nieder“ können einem helfen, die Bedeutung dieses Vertrages ein wenig verstehen zu lernen.

Ich habe meine Zweifel an einer strikten, wortwörtlichen und kontextunabhängigen Interpretation der Grundsatzklärung darzustellen versucht. Ich glaube, dass ein flexibles und kontextbezogenes Verständnis der Grundsatzklärung der DFG-VK eher gut täte. Sie – d.h. ihre Mitglieder und Aktiven – könnte sich dann differenziert zu den verschiedenen Debatten äußern und einmischen:

- Sie könnte Verständnis für den Verteidigungskrieg der Ukraine äußern und gleichzeitig gegen bestimmte Forderungen nach Angriffs-Waffen argumentieren.

- Sie könnte das Konzept der zivilen Verteidigung differenziert darstellen und dafür werben als eine Verteidigungsstrategie, die mittel- und langfristig hilfreich sein kann, mit deren Aufbau aber jetzt begonnen werden muss.

- Sie könnte die Studie „Sicherheit neu denken“ als eine langfristige Perspektive einer friedensorientierten Sicherheitspolitik darstellen und zugleich den Begriff der Kriegsursachen produktiv erweitern mit Hilfe der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die 17 im Jahr 2015 von der UN verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung auf der Welt sind eine Chance, sich auf Gemeinsamkeiten zu verständigen. Zu den Zielen gehören natürlich Frieden und Gerechtigkeit und starke Institutionen (16), aber vor allem und ganz konkret: Keine Armut (1), kein Hunger (2) und Gesundheit und Wohlergehen (3). Sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für diese Ziele zu engagieren bedeutet für mich auch, Kriegsursachen wirksam zu bekämpfen.

Unabhängig davon, ob und wie man sich der Grundsatzklärung der DFG-VK verpflichtet fühlt, gibt es eine ganz bedeutsame Art und Weise, Kriegsursachen zu bekämpfen, die wirksam und individuell jedem Betroffenen immer und jederzeit zur Verfügung steht: den Kriegsdienst zu verweigern.

Aber selbst hier sind Zweifel angebracht. Zum einen, anderen diesen Weg zu empfehlen, erscheint mir fast unzulässig. Denn eine KDV verlangt vom Einzelnen, eine Minderheitsentscheidung zu treffen, damit verbundene Konsequenzen individuell tragen zu müssen und dafür nicht einmal Gewissheit über sein Leben zu bekommen.

Zum anderen ist KDV im Krieg kaum als ein „Königsweg“ zu betrachten. KDV aus Russland werden skeptisch betrachtet und nicht mit offenen Armen aufgenommen. KDV in der Ukraine ist faktisch unmöglich gemacht worden. KDV ist immer noch kein weltweit anerkannter Asylgrund. Gleichwohl gibt es Fortschritte im Schneckentempo: In „Die Waffen nieder“ wird deutlich, dass im 19. Jahrhundert schon der Gedanke, sich dem Kriegsdienst verweigern zu wollen, nicht ohne Konsequenzen geäußert werden durfte.

Aktueller Nachtrag von Mitte Juni und damit z.B. nach der Zerstörung des Kachowka-Staudamms (nachdem der bis hierhin abgedruckte und als Leserbrief eingereichte Text Ende Januar geschrieben wurde):

Was bleibt, ist, dass weder die Forderung „Die Waffen nieder“ von Bertha von Suttner aus dem 19. Jahrhundert noch die Parole des 20. Jahrhunderts „Frieden schaffen ohne Waffen“ der Realität des 21. Jahrhunderts gerecht werden kann.

Krieg ist mehr als der Kampf von Mensch und Technik auf dem „Schlachtfeld“. Mittlerweile müssen wir uns mit neuen Kriegsformen wie Cyberkrieg und Klimakrieg und überwunden geglaubten wie Atomkrieg und Kalter Krieg auseinandersetzen.

Das muss m.E. Auswirkungen auf die WRI-Erklärung haben. „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit“ kann solange keine allseits gültige und handlungsleitende Selbstverpflichtung bleiben, solange nicht geklärt ist, was unter „Krieg“ hier und jetzt zu verstehen ist. Damit braucht auch das Mitwirken an der Beseitigung „aller Kriegsursachen“ ein verändertes Verständnis.

Werner Glenewinkel ist langjähriges DFG-VK-Mitglied. Der promovierte Jurist war bis zu ihrer Auflösung 2015 (nach Aussetzung der Wehrpflicht) Vorsitzender der Zentralstelle KDV. <<

Kriegsrechtfertiger sind politische Gegner

Wer Verteidigungskriege richtig findet, sollte aus der DFG-VK austreten

Von Ralf Cüppers

Wie fast jeden Freitag seit dem russischen Angriff auf die Ukraine waren wir auch jetzt wieder mit unserer Friedensmahnwache auf dem Südermarkt in Flensburg. Von daher bin ich es gewohnt, mit Milita- risten, Bellizisten, Kriegsbeifürwortern zu diskutieren und solchen, die Ver- teidigungskrieg und die Regierungs- politik, Waffen in das Kriegsgebiet zu liefern, gut und richtig finden. Es kommen auch welche, die den russi- schen Angriffskrieg richtig finden, an

unseren Stand. Da sind wir klar abge- grenzt, verurteilen den russischen An- griffskrieg und auch den ukrainischen Verteidigungskrieg. Warum dann nicht auch in der *ZivilCourage* diese Diskus- sion führen? Mit Jugendlichen am In- fostand müssen wir diskutieren, aber muss das wirklich sein mit Menschen, die ebenso lange in der DFG-VK sind wie ich?

Ärgerlich ist doch, wenn Men- schen, die für den Verteidigungs- krieg der Ukraine Verständnis aufbrin- gen, DFG-VK Mitglieder sind. Deren

Verbleib in der DFG-VK schadet un- serer Glaubwürdigkeit als pazifisti- sche Organisation. Auch ein Verteidi- gungskrieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Die Grundsatzerklärung, die jedes Mitglied unterschrieben hat, ist eindeutig und ohne Interpretations- spielraum, wie Stefan Philipp in sei- nem letzten Editorial richtig feststellt.

Für DFG-VK Mitglieder sind Zwei- fel durchaus eine Schande, lieber Ernst Rattinger [dessen *Leitartikel* in der letzten Ausgabe überschrieben war mit „Zweifel sind keine Schande“ »

»Die Waffen nieder«

Gilt das auch heute noch?

Symposium zum 180. Geburtstag Bertha von Suttners und zum 30-jährigen Bestehen der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

Impulse und Debatte mit Margot Käßmann, Petra Keppler, Guido Grünewald und weiteren

Weitere Infos auf: bertha-von-suttner-stiftung.de

Samstag, 23. September 2023 | 13.30 - 20.00 Uhr
Haus der Evangelischen Kirche Bonn (Adenauerallee 37)

Organisiert von:



Bertha von Suttner Stiftung der DFG-VK



» – *Anm. d. Red.*], denn die können nur dann entstehen, wenn man nicht auf die Kraft der Gewaltfreiheit vertraut und sich weigert, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Kenntnis zu nehmen. DFG-VK Mitglieder, die die *ZivilCourage* erhalten, hatten schon vor langer Zeit dazu Gelegenheit, unmittelbar nachdem „Civil Resistance – What everyone needs to know“ bei Oxford University Press erschienen ist. Der „Spiegel“, der im letzten Jahr noch Raum dafür gab, „Lumpenpazifisten“ beschimpfen zu lassen, hatte erst in der ersten Ausgabe dieses Jahres ausführlich über Erica Chenoweths Forschungsergebnisse berichtet. Die Anwendung von Gewalt verringert die Erfolgsaussicht. Es ist also nicht nur moralisch verwerflich, sich mit militärischen Mitteln zu verteidigen, sondern es ist im höchsten Maße gefährlich und vor allem ineffektiv, ganz utilitaristisch: Es verringert die Aussicht auf Erfolg. Wer will, dass die Ukraine sich militärisch verteidigt, will deren Zerstörung.

Im ansonsten kritikwürdigen Aufruf „Stoppt das Töten in der Ukraine

Erinnerung an Heinrich Hannover

Die *Taz* bezeichnete ihn als den „bedeutendsten Rechtsanwalt der Bonner Republik“. Gemeint ist Heinrich Hannover. Und wer etwas über die „Bonner Republik“, also die alte (westdeutsche) Republik lernen will, dem sei sein Buch „Die Republik vor Gericht 1954-1995. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts“ (Berlin 2017) ans Herz gelegt. Als linker Anwalt trat er in vielen Prozessen als Strafverteidiger auf. Vor allem aber vertrat er als Pazifist aus dem Zweiten Weltkrieg Zurückgekehrte zahllose Kriegsdienstverweigerer, nachdem die Wehrpflicht 1956 wieder eingeführt worden war.

Im *Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK)* war er von 1966 bis 1970 im Vorstand, zeitweise dessen stellvertretender Vorsitzender.

Heinrich Hannover ist am 14. Januar im Alter von 97 Jahren gestorben.

Stefan Philipp

– für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ stand immerhin der kluge Satz: „Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen, die wissenschaftsfeindlich sind, ... eine Absage.“ Dann sollten wir das auch tun. (*Anm. d. Red.: Der Aufruf zu Aktionen anlässlich des Jahrestags des Kriegsbeginns wurde von 17 Organisationen unterstützt, darunter die DFG-VK; veröffentlicht z.B. auf der DFG-VK-Homepage: <https://bit.ly/45Gy6zb>*)

Jemand, der Verteidigungskriege richtig findet, kann seine Unterschrift unter die Grundsatzklärung zurückziehen und aus der DFG-VK austreten. Das wäre eine ehrliche und anerkennenswerte Haltung. Wenn dann die militärische Verteidigung weiter wie in der Ukraine offensichtlich zur Selbstzerstörung führt, das katastrophale Ergebnis unübersehbar wird, dann sind die Zweifel vielleicht beseitigt und die „Ex-Zweifler“ herzlich eingeladen, unsere Grundsatzklärung erneut zu unterschreiben.

Wenn Helmolt Rademacher (*in seinem Leserbrief in der letzten Ausgabe*) feststellt, „schon im Kaiserreich diskutierten Pazifisten, ob Waffengewalt gegen einen Aggressor legitim ist“, dann bestenfalls deswegen, weil sie noch keine Erfahrung mit massenhafter Kriegsdienstverweigerung, gewaltfreiem Widerstand und direkten Aktionen hatten. Vielleicht waren sie auch nur regierungshörig. Wer aber heute noch diese Diskussion führen will, der stellt sich gegen wissenschaftliche Erkenntnisse, gegen unsere Grundsatzklärung und ist kein Pazifist!

Menschen, die den ukrainischen Verteidigungskrieg rechtfertigen, gutheißen und unterstützen, sind keine Bündnispartner, sie sind politische Gegner.

Was dann in Helmolt Rademachers Argumentation folgt, lese ich als ein Wiederkäuen der Propagandalügen genau derjenigen Medien, die Krieg gegen Russland mit Waffenlieferungen an die Ukraine unterstützen wollen. Unser Hass auf Putinsche Kriegführung darf doch nicht dazu führen, die nationalistische Ukraine als „west-

liche Demokratie“ schönzureden. Die Ukraine als kleptokratischer und faschistischer Staat darf nicht durch Krieg zerstört werden, sage ich denen, die meinen, ich könnte mit der Anprangerung des Faschismus in der Ukraine Putins Lüge von der Entnazifizierung als Kriegsgrund bedienen. Selbstverständlich gab es „in den sogenannten „Volksrepubliken“ Gewalt, Unterdrückung, Verschleppung bis hin zu Morden“. Warum nennt Helmolt Rademacher nicht die Täter? Nicht nur die faschistischen Asow-Banden, sondern auch die Armee des ukrainischen Staates hatte gegen die ukrainischen Staatsbürger von Donezk und Luhansk, die autonom leben wollten, einen Krieg geführt, der schon vor dem russischen Angriff mehr als zehntausend Menschen das Leben kostete. Wenn ich den Einsatz der ukrainischen Armee gegen die Menschen in Donezk und Luhansk anprangere, dann ist auch das keine Rechtfertigung für den russischen Angriffskrieg. Damit ist Russland so tief gesunken wie die Nato-Staaten, die gegen Jugoslawien einen Angriffskrieg führten unter dem Vorwand, die Menschen im Kosovo in ihrer Autonomiebestrebung zu schützen. „Schluss mit den einseitigen Schuldzuweisungen an den Westen!“ – dem stimme ich zu. Aber genauso gilt: Schluss mit den einseitigen Schuldzuweisungen an Russland! Denn „die Wirklichkeit ist deutlich vielfältiger.“ Die einfache Lösung gibt es aber doch: Kein Krieg, keine Gewalt. Und dafür auf die Kraft des gewaltfreien Widerstandes vertrauen, die ja nun wissenschaftlich erwiesenermaßen die größte Aussicht auf Erfolg hat. Diesen Widerstand müssen wir hier bei uns gegen die Kriegsunterstützung unserer deutschen Regierung, die durch Geld, Waffen und militärische Zuarbeit geleistet wird, organisieren.

Ralf Cüppers ist seit vielen Jahren aktiv im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein und der Gruppe Flensburg.

«

„... aber nicht mit rechts“

Erklärung von Margot Käßmann und Jürgen Grässlin vom 21. Februar zum „Manifest für den Frieden“

Gegen eine Eskalation des Ukraine-Krieges und für Friedensverhandlungen – aber nicht mit rechts

Erklärung der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden und Präsidentin der Zentralstelle KDV, Margot Käßmann, und des DFG-VK-Bundessprechers Jürgen Grässlin zur angekündigten Kundgebung zum „Manifest für Frieden“ in Berlin.

Gemeinsam mit 67 weiteren Personen sind wir Erstunterzeichner*innen des „Manifests für Frieden“ vom 10. Februar 2023. Wir finden es wichtig, eine klare Position gegen eine Eskalation des Krieges in der Ukraine und für Friedensverhandlungen zu beziehen. Auch sprechen wir uns nachdrücklich gegen Rüstungsexporte an die Ukraine aus – tragen also die Stoßrichtung des Textes weiterhin mit. Wir werden aber dennoch nicht an der mit dem „Manifest“ für den 25. Februar 2023 in Berlin beworbenen Kundgebung teilnehmen. Denn wer sich für Frieden einsetzt, muss sich klar von nationalistischen und menschenfeindlichen Personen und Gruppen abgrenzen. Dies war in Äußerungen der Initiatorinnen der genannten Kundgebung leider nicht klar genug der Fall – vielmehr distanzieren sie sich unserer Ansicht nach in ihren Stellungnahmen nicht immer deutlich von angekündigten Teilnehmer*innen aus dem sehr rechten Spektrum. Genau das aber ist vonnöten!

Am kommenden Wochenende ruft ein Bündnis von mehr als 15 Friedensgruppen unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ zu Antikriegs-Aktionen auf (www.stoppt-das-toeten.de). Das Bündnis fordert „einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen“, den „Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine“ sowie „Schutz durch humanitäre Visa und Asyl“ für „[a]lle Menschen, die sich dem Krieg entziehen möchten“. In seinem Aufruf grenzt sich das Bündnis klar nach rechts ab: „Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz.“ In mehr als 20 Städten werden Aktionen stattfinden – wir werden an ihren Veranstaltungen teilnehmen.

Margot Käßmann wird am Samstag, 25. Februar 2023 um 13 Uhr bei der Aktion des „Bonner Friedensforums“ auf dem Münsterplatz in Bonn sowie um 17 Uhr bei der Aktion des „Kölner Friedensforums“ auf dem Alten Markt in Köln sprechen.

Jürgen Grässlin wird am Freitag, 24. Februar 2023 um 16:30 Uhr an der Aktion von IPPNW, DFG-VK, VVN-BdA, attac, pax christi, BUND, Freiburger Friedensforum, DGB am Antifaschistischen Mahnmahl (Ecke Rathausgasse/Rotteckring) in Freiburg teilnehmen. <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2023 im 50. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: *ZivilCourage* – Magazin der DFG-VK, Hornbergstr. 100, 70188 Stuttgart, Tel. 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zivilcourage.dfg-vk.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: DFG-VK, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: vier Mal/Jahr

Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniierung schriftlich bei der Herausgeberin. Eine Teilaufgabe enthält die *Südwest-Kontakte* als Informationsbeilage für alle baden-württembergischen DFG-VK-Mitglieder.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 27. Juli.

Frieden geht nicht mit „rechts“

Rede bei zwei Antikriegskundgebungen am 25. Februar in Bonn und in Köln

Von Margot Käßmann

Zuerst ist mir wichtig: Wir veranstalten diese Kundgebung hier in Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, die seit einem Jahr täglich unter dem Angriffskrieg Putins leiden.

Ich stehe hier aus drei Motiven:

Zum einen bin ich Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft.

Im vergangenen Jahr haben wir nach dem brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine eine beispiellose Militarisierung im Denken und in der Sprache erlebt. „Tapferkeit“, „Heldentum“, „Blutzoll“, um die Verhandlungsposition zu erhöhen, „Sieg“, der unbedingt notwendig sei. Hinter diesen Begriffen aber verbergen sich einzelne Menschen, unermessliches Leid!

Bertha von Suttner, Friedensnobelpreisträgerin 1905 und eine der Gründerinnen der Deutschen Friedensgesellschaft hat in ihrem Roman „Die Waffen nieder“ vor mehr als 100 Jahren die ganze Absurdität des Krieges beschrieben. Wer kämpft eigentlich für was? Und welches entsetzliche Sterben von Soldaten wird dann einfach mit „Er ist gefallen“ umschrieben? Gefallen? Getötet! Ermordet! Elendiglich verreckt, Soldaten eben-

Im Rahmen des von der DFG-VK mitinitiierten Aktionswochenendes „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ hat Margot Käßmann bei den Kundgebungen am 25. Februar in Bonn und Köln gesprochen – und nicht bei der umstrittenen Wagenknecht/Schwarzer-Demo in Berlin. Allerdings hatte sie deren „Manifest für den Frieden“ als Erstunterzeichnerin mitunterstützt. Ihre zur Berliner Kundgebung (zusammen mit Jürgen Grässlin) abgegebene Erklärung ist auf der Seite 15 dokumentiert.

so wie Zivilisten. Nichts ist daran „heldenhaft“.

Es gibt im Krieg keine guten und schlechten Waffen. Außenministerin Baerbock erklärt, „unsere Waffen schützen Leben“. Das mag sein. Aber sie töten eben auch! Es gibt – geschätzt – nach einem Jahr Krieg in der Ukraine 250 000 Tote. Wie viele sollen es noch werden? Wann ist Schluss mit dem Wahnsinn? Bei einer Million? Bei wie vielen Toten ist eine angemessene Verhandlungsposition erreicht? Ich denke: Jetzt! Sofort!

Ständig ist das Gegenargument: Putin will doch nicht verhandeln. Aber sollen Verhandlungen nur durch noch mehr Tote möglich werden? Verhandlungsbereitschaft, so der Journalist Heribert Prantl, kann nicht nur herbeigebombt, sondern auch herbeiverhandelt werden. Zudem wurde und wird auch schon verhandelt: Es gibt das Getreideabkommen und immer wieder einen Austausch von Gefangenen – es muss aber auch über einen Waffenstillstand verhandelt werden.

Wir wollen nicht, dass die Eskalation weitergeht, noch mehr Waffen in das Kriegsgebiet geliefert werden. Dann sind wir, so hat es der Philosoph Jürgen Habermas letzte Woche glasklar herausgearbeitet, mitverantwortlich für all die Toten.

Zudem: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. Bis zu 300 000 junge Männer haben Russland verlassen. Sie werden zum Teil als Feiglinge diffamiert. Nein, sie verweigern auf ihre Weise. Und sie sollten als politisch Verfolgte bei uns Asyl erhalten. Männer in der Ukraine zwischen 18 und 60 Jahren dürfen das Land nicht verlassen. Das stimmt nicht mit europäischen Werten überein.

Wladimir Putin ist glasklar schuldig, er hat diesen sinnlosen, desaströsen, völkerrechtswidrigen Krieg be-

gonnen. Er könnte ihn sofort beenden. Ich wünsche mir, dass er zur Rechenschaft gezogen wird. Und wir fordern, dass die russische Armee sich sofort zurückzieht. Aber ich mache nicht jeden jungen russischen Soldaten dafür verantwortlich. Mein Vater war 18, als der Zweite Weltkrieg begann, wurde sofort eingezogen und blieb Soldat, bis er mit 25 in amerikanische Kriegsgefangenschaft kam. Er war in der Armee der Täter. Aber er war auch Opfer. Und er hat den Krieg bis zum Ende seines Lebens gehasst.

Wir befinden uns in einer Spirale der Eskalation, die auch durch Waffenlieferungen aus dem Westen an die Ukraine angeheizt wird. Erst hieß es: Helme. Dann: ausschließlich Verteidigungswaffen. Jetzt: Angriffspanzer. Was kommt als Nächstes? Kampfbomber? Kriegsschiffe? Und wie wird Putins Reaktion darauf sein? Immerhin verfügt er über Atomwaffen. Diese Eskalationsspirale muss sofort beendet werden.

Wir lehnen Waffenlieferungen ab! Noch mehr schwerere Geschütze, Kampffjets und U-Boote werden diesen Krieg nicht beenden. Wir brauchen einen Stillstand der Waffen und eine massive Aufstockung humanitärer Hilfen! Lasst uns Krankenwagen statt Kampfpanzer liefern, Generatoren für die Stromversorgung statt Granaten für Kanonen, Feuerwehrfahrzeuge statt Feldhaubitzen. Den Menschen in der Ukraine fehlt es an so vielem – wir können und müssen ihnen helfen. Es müssen nicht immer Waffen sein, die gerade aus Deutschland kommen.

Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, alle Kraft einzusetzen, damit massive internationale diplomatische Kraftanstrengungen zu einem Waffenstillstand und anschließenden Verhandlungen führen. Nur so kann

das Elend der Menschen in der Ukraine, die Angriffe auf Zivilisten, Folter, Vergewaltigung und Zerstörung des Landes schnell ein Ende finden.

Zum anderen stehe ich hier als evangelische Christin.

Jahrhundertlang wurden Waffen durch Kirchenvertreter gesegnet. Und auch heute sehen wir wieder Bilder davon. Patriarch Kyrill rechtfertigt den russischen Angriff auf die Ukraine, als sei Russland angegriffen durch westlich Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften. Das ist für mich Gotteslästerung, Blasphemie.

Die Kirchen der Welt sind immer in die Irre gegangen, wenn sie Gewalt legitimiert haben. Denn im Evangelium findet sich dafür keinerlei Grundlage. Jesus hat gesagt „Steck das Schwert an seinen Ort“ und noch mehr: „Liebet Eure Feinde“. Der Friedensnobelpreisträger und Pastor Martin Luther King hat erklärt, das sei das Schwere, was Jesus uns hinterlassen hat. Das stimmt. Aber es ist eben auch eine bleibende Mahnung, sich nicht in Feindbilder hineintreiben zu lassen. Und genau das geschieht zurzeit massiv: Da die bösen, ja barbarischen Russen. Hier die guten und tapferen Ukrainer. Es geht um Menschen, die getötet werden! Soll ich mich freuen, wenn in so genannten sozialen Netzwerken gefeiert wird, dass mehr als 400 junge russische Soldaten ums Leben kamen, weil sie aus Heimweh am 1. Januar Nachrichten vom Handy zu ihren Familien geschickt haben und dadurch geortet und getötet werden konnten? Nein! Alle Toten im Krieg haben mein Mitgefühl, denn sie sind Opfer. Zuallererst ukrainische Zivilisten. Aber auch ukrainische Soldaten und russische Soldaten.

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, haben die Kirchen der Welt 1948 gemeinsam proklamiert. Darum geht es. Mir ist bewusst, dass wir schuldig werden können, wenn wir gegen Waffenlieferungen plädieren, die Menschen in der Ukraine zu ihrer Verteidigung anfordern. Es gehört zur Demut

eines Menschen einzugestehen, dass das der Fall ist. Aber schuldig kann auch werden, wer für Waffen plädiert. Denn Waffen töten. Dafür werden sie produziert.

Als ich mit einer Freundin den Nachlass ihres Vaters sortiert habe, fanden wir ein „Gebetbuch für den deutschen Soldaten im Felde“. Dort waren auch die Zehn Gebote aufgeführt. Unter dem fünften, „Du sollst nicht töten“, stand in Klammern: „Gilt nicht im Kriegsfall.“ So einfach können wir es uns nicht machen!

Ich bin und bleibe Pazifistin. Ich habe durchaus Verständnis für den Ruf nach Waffen. Aber in einer Demokratie nehme ich mir das Recht heraus, bei meiner Haltung zu bleiben. Und den Respekt, dass es auch diese Position geben kann, vermisse ich in der jetzigen Debatte. Wer Waffenlieferungen ablehnt, wird gnadenlos diffamiert als Putinversteherin und Lumpenpazifist, als naiv, dumm und ahnungslos. Das ist für einen demokratischen Diskurs unwürdig.

Christinnen und Christen leben in Deutschland ebenso wie in Russland, der Ukraine, den USA. Ich wünsche mir, dass sich die Kirchen der Welt mit ihren Oberhäuptern wie ihren Mitgliedern energisch für ein sofortiges Schweigen der Waffen einsetzen.

Und drittens stehe ich hier als Großmutter von sieben Enkelkindern.

Wenn ich an diese Kinder, ja alle Kinder in Deutschland, der Ukraine, Russland, der Welt denke, dann sind Hunderte Milliarden Euro für Rüstung doch keine Investition in ihre Zukunft. Was sie brauchen, ist eine Investition zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Ihre Zukunft wird lebenswert durch Hunderte Milliarden Euro, die in Bildung und Entwicklung investiert werden. Unsere Erde ist bedroht durch die rücksichtslose Ausbeutung aller Ressourcen. Und Krieg ist eine der schlimmsten Zerstörungskräfte auch mit Blick auf das Klima.

Wer sich gegen Waffenlieferungen äußert, wird nicht nur diffamiert,

sondern in den letzten Tagen auch mit dem äußerst rechten politischen Spektrum in Verbindung gebracht. Da-gegen verwehren wir uns! Wir lassen uns nicht instrumentalisieren. Deshalb haben wir gesagt: „Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz.“ Wir distanzieren uns nicht von anderen Demonstrationen gegen Waffenlieferungen. Aber: Wer ehrlichen Herzens für Frieden ist, darf und kann andere Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder sexuellen Identität ausgrenzen und diskriminieren. Eine friedliche Welt für alle Menschen kann es nur ohne diskriminierende Einstellungen geben. Das heißt ganz klar: Frieden geht nicht mit „rechts“. Denn es sind nationalistische Einstellungen, die zum Krieg führen. Kundgebungen wie unsere heutige müssen ein sicherer Ort für alle Menschen sein. Wir wollen eine Welt mitgestalten, in der alle Menschen friedlich miteinander leben können. Daher dürfen Rassisten und andere Menschenfeinde auf unseren Aktionen nicht geduldet werden.

Wir treten ein für eine Überwindung von Nationalismus und Rassismus, für Menschlichkeit und Gemeinschaft: Grenzen öffnen für Menschen! Grenzen schließen für Waffen! Wir brauchen für die Zukunft dieser Welt keine Aufrüstungsprogramme, sondern Abrüstung. Es müssen nicht ständig noch mehr und „bessere“ Waffen produziert werden. Wie großartig wäre diese Welt, wenn wir all unser Wissen und unsere Ressourcen für Frieden und nicht für die Entwicklung neuer Mordwerkzeuge einsetzen würden? Wir wollen diese Welt endlich, endlich entwaffnen. Dafür treten Pazifistinnen und Pazifisten in aller Welt ein.

Margot Käßmann ist seit Jahren Mitglied der DFG-VK. Die promovierte Theologin war Bischöfin der Evangelischen Landeskirche Hannovers und Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie Präsidentin der Zentralstelle KDV. <<

Rettet den Pazifismus!

Endlich über eine pazifistische Sicherheitsstrategie nachdenken

Von Hans-Jürgen Kobus

Warum und wovor der Pazifismus heute gerettet werden muss.

Reihenweise erklären zur Zeit ehemalige Kriegsdienstverweigerer, dass sie heute nicht mehr verweigern würden. Manche, wie zum Beispiel Tobias Rapp vom „Spiegel“, erklären gar, dass sie ganz offiziell ihre seinerzeitige Anerkennung zurückgeben. Einige führende Grüne, also von der Partei, deren eine große Quelle einst die Friedensbewegung war, können heute gar nicht genug bekommen vom Anpreisen des deutschen Militärzoos der Panther, Geparden und Leoparden.

Ja, jeder Krieg ist ein „Verbrechen an der Menschheit“, wie es in der Grundsatzerklärung der WRI heißt. Auch im Verteidigungskrieg werden nicht allein blutrünstige Gegner abgewehrt, sondern begehen auch die Verteidiger Verbrechen. Trotzdem gilt: Auch wir Pazifisten kommen nicht an der vom Bundeskanzler zurecht verkündeten „Zeitenwende“ vorbei, müssen uns ihr stellen und neue Antworten finden.

Was unterscheidet die heutige Situation von den 1980er Jahren, in denen aus einer kleinen Minderheit von Kriegsdienstverweigerern eine große „Friedensbewegung“ entstand?

Im Kalten Krieg standen sich die beiden Weltmächte USA und UdSSR hochgerüstet und in einem sich immer weiter entwickelnden Wettlauf immer gefährlicher werdender Atomstrategien gegenüber: Von den ersten Atombomben ging es weiter zu den Raketen mit Mehrfachsprengköpfen, die schließlich einzeln lenkbar und auf nicht zu ortenden U-Booten stationiert wurden. Aber: In Europa lagen die Grenzen der beiden Militärblöcke fest. Keine Seite hatte ein Interesse, sich auf Kosten der anderen aus-

zudehnen und so die eigene Vernichtung zu riskieren. Ein „Gleichgewicht des Schreckens“ sicherte den Nicht-Krieg. Ein Krieg zwischen den Blöcken schien nur durch ein Versehen entstehen zu können.

Das traf allerdings nur für Europa zu. Weltweit gab es viele – meist indirekte – Auseinandersetzungen der beiden Blöcke, welche für die betroffenen Länder durchaus verheerend sein konnten, man denke nur an den Vietnamkrieg, in dem die USA Bomben mit einer Sprengkraft abwarfen, welche die des gesamten Zweiten Weltkrieges übertrafen.

Der Ost-West-Konflikt selbst wurde aber, das muss hier betont werden, weitgehend friedlich beendet:

Er endete, weil die UdSSR dem Rüstungswettlauf mit den USA wirtschaftlich nicht gewachsen war und ein vernünftig denkender Politiker wie Gorbatschow dies erkannte.

Er endete, weil die Bevölkerungen in den osteuropäischen Ländern die autoritären Regimes satt hatten und mit Protesten und Demonstrationen den Wechsel erzwangen.

Es reichte aus, dass die UdSSR nicht mehr intervenierte – und alle osteuropäischen Diktaturen fielen nacheinander wie ein Kartenhaus zusammen. Schließlich traf dies sogar für die UdSSR selbst zu.

Aber was folgte für uns aus dieser welthistorisch einmaligen Lage? Leider zu wenig. Wir warteten ab und sahen zu. Sahen zu, wie die neu entstandenen Staaten nacheinander der Nato beitraten, weil sie glaubten, nur so vor Übergriffen des „großen Bruders“ Russland sicher sein zu können. Und wir fanden nur, dass man die Nato jetzt eigentlich auch auflösen könnte und sollte, und nahmen dabei die Sorgen der Osteuropäer nicht sonderlich ernst.

Was ist heute anders? Putin ist – leider – kein einfach nur kühl abwägender Machtpolitiker, er ist vielmehr ein von einer Mission angetriebener Ideologe. Seine Fantastereien von der „heiligen Sache“ zur Verteidigung der „heiligen Rus“ zeigen die bei Diktatoren bewährte Umkehr von Täter und Opfer: Nicht Russland, sondern der Westen strebe nach „Diktatur und Despotie“, nicht seine Untertanen, sondern die Europäer zeigten eine „Sklavenmentalität“. Russland, so lässt Putin seinen Kirchenführer Kyrill verkünden, habe „nie jemand anderen überfallen“. Während Putin der Ukraine „Faschismus“ vorwirft, paktiert er in Deutschland und anderen Ländern mit rechtsextremen Parteien. (Zitate nach Michael Thumann: Revanche. München 2023)

Seine Drohungen einer „nukleare(n) Pulverisierung von London, Washington oder Berlin“ und die ständigen Vernichtungsdrohungen eines Medwedew, Prigoschin, Kadyrow und anderer putinscher Kreaturen erinnern fatal an die Armageddon-Drohungen der Nazis am Ende des Zweiten Weltkrieges. Nimmt man diese Aussagen ernst, wozu ich dringend rate, ist von dieser Seite keinerlei Verhandlungsbereitschaft zu erwarten, bevor sich die Ukraine nicht zu einer wie auch immer gearteten Unterwerfung genötigt sieht.

Angesichts dieser Entwicklung genügt es einfach nicht, nur einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu verlangen, wie man es z.B. im „Manifest“ von Wagenknecht/Schwarzer und in den Aufrufen zum diesjährigen Ostermarsch lesen kann. Die klare Forderung von uns Pazifisten muss vielmehr lauten: „Russen raus aus der Ukraine!“

So, wie wir in den 1960ern und 1970ern gerufen haben: „Amis raus

aus Vietnam!“ Wo bleibt diese Aussage bei unseren Stellungnahmen und Manifesten? Sie allein würde natürlich keine der Kriegsparteien beeindrucken, aber doch hierzulande uns Pazifisten wieder etwas mehr Glaubwürdigkeit verschaffen. Sie würde uns abgrenzen von den unsäglichen Rechtfertigungen der Putin-Versteher, die es leider auch bei uns Friedensfreunden in größerer Anzahl gibt.

Wie wir zu einer pazifistischen Friedensstrategie gelangen können

Wie sollen wir Pazifisten umgehen mit einer „Zeitenwende“, die uns möglicherweise auf lange Zeit einen Gegner beschert hat, der jedem die Vernichtung androht, der sich seinen imperialistischen Machtgelüsten widersetzt? Das will ich her in drei Punkten andeuten:

Punkt 1: Wir Pazifisten müssen uns mit dem Thema Sicherheit befassen.

- Wir müssen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in Europa ernst nehmen.
- Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass wir nur von Freunden umgeben sind.
- Wir müssen uns um die Sicherung von Freiheit und Demokratie kümmern.
- Wir müssen den Menschen eine pazifistisch ausgerichtete Sicherheitspolitik anbieten können.

Punkt 2: Wir Pazifisten müssen eine eigene Sicherheitsstrategie entwickeln.

Es ist an ein leider weitgehend in Vergessenheit geratenes Konzept zu erinnern, das in Deutschland u. a. von Theodor Ebert in den 1960er und 1970er Jahren beschriebene Konzept der „Sozialen Verteidigung“. Leider wurde es in den vergangenen 30 Jahren nicht mehr weiterentwickelt, auch weil es uns Pazifisten schlicht nicht mehr nötig erschien.

Die letzten 30 Jahre haben uns aber auch grundlegend neue Techniken gebracht. Darum ist zu fragen, welche Chancen für eine nichtmilitärische Verteidigung durch neue Techniken wie Digitalisierung und die Nutzung erneuerbarer Energien entstanden sind.

Die Digitalisierung hat nicht nur unseren Alltag bereits stark verändert, sondern verbindet uns heute mit Geschehnissen in aller Welt unmittelbar, ohne jeden Zeitverzug. In Ihr liegen (neben manchen Gefahren) große Chancen für Emanzipation, Freiheit und Pazifismus. Ob wir an den Iran oder an China denken, Proteste gegen diverse Unterdrückungsmaßnahmen autoritärer Regierungen konnten sich in Windeseile im ganzen Land ausbreiten.

Oben habe ich schon auf die weitgehend gewaltfreien Aktionen in Osteuropa und der zerfallenden Sowjetunion hingewiesen, mit denen Anfang der 1990er Jahre die Menschen dort ihre Unabhängigkeit erkämpft haben. Aus diesen Vorbildern können wir lernen, wie man auch gegen übermächtige Gegner im Freiheitskampf bestehen kann, ohne dass es zu einer größeren Zahl von Toten kommen muss. Auch für die Ukraine hat eine Studie, an der die Universität Jena mitgearbeitet hat, 235 Fälle gewaltfreien Widerstandes gegen den russischen Angriff zwischen Februar und April 2022 aufgelistet.

Blickt man auf die russischen Raketen, mit denen vor allem die Energieversorgung der Ukraine zerstört werden soll, dann ergeben sich bei uns durch Windkraftanlagen und vor allem die Photovoltaik heute bessere Möglichkeit, über eine weitgehend dezentrale Energieversorgung zu erheblicher mehr Resilienz zu kommen. Dezentralisierung von Energie und Digitalisierung sind globale Entwicklungen, welche bei geeignetem Einsatz in Verbindung mit den Techniken der Sozialen Verteidigung es einem poten-

ziellen Besatzer extrem erschweren, eine Gesellschaft zu beherrschen und in seinem Sinne zu lenken.

Punkt 3: Wir Pazifisten müssen über unsere Tabus neu nachdenken.

Dies ist der m.E. schwierigste Punkt, und über seine genaue Ausformung wird sicher intensiv zu diskutieren sein. Wir kommen aber nicht darum herum, dass es auch Waffensysteme gibt, die nicht eingesetzt werden, um Menschen zu töten, sondern um Tod und Vernichtung bringende Raketen und Drohnen beim Anflug zu zerstören. Wir können doch nicht im Ernst die Augen davor verschließen, dass in der Ukraine ein zerstörerischer Gegner häufig nicht mit Flugzeugen, Panzern und Mannschaften angreift, sondern mit unbemanntem Gerät, das aus sicherer Lage gesteuert wird.

Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass eine deutsche Rakete, die eine Drohne abschießt, bevor sie ein Wohnhaus trifft, Leben rettet! Auch wir Pazifisten müssen darüber nachdenken, wie wir die Bevölkerung vor derartigen Vernichtungsmitteln schützen können. Wir müssen die Abgrenzung zu den gegen Menschen eingesetzten Kriegswaffen neu diskutieren.

Seit der Begriff „Friedensbewegung“ von Rechten und Putin-Verteidigern gekapert wurde, sollte man ihn nicht mehr guten Gewissens verwenden.

Pazifismus ist dagegen ein historisch sehr honorierter Begriff, den es zu schützen gilt. Wir werden uns ihm aber nur dann würdig erweisen, wenn wir bereit sind, uns nicht auf Appelle für Waffenstillstand und Verhandlungen zu beschränken

Wir müssen endlich anfangen, intensiv über eine pazifistische Sicherheitsstrategie nachzudenken und zu diskutieren.

Hans-Jürgen Kobus ist jahrzehntelanges DFG-VK-Mitglied aus Karlsruhe. ☞

Soziale Verteidigung vorbereiten

Das Szenario „Sicherheit neu denken“ entwickeln und umsetzen

Von Theodor Ziegler

Wir fangen nicht bei Null an. Die Initiative „Sicherheit neu denken“ (SND) entstand 2019, nachdem 2018 das im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden erstellte Szenario „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zu zivilen Sicherheitspolitik“ vorgestellt worden ist. Inzwischen sind es 50 Friedensorganisationen aus ganz Deutschland, die sich für die Entwicklung einer zivilen Sicherheitspolitik engagieren, darunter an prominenter Stelle unsere DFG-VK.

Bei SND geht es darum, durch faire und nachhaltige Wirtschafts- und Konsumstrukturen und partnerschaftliche Umgangsweisen, auch zwischen den Staaten, Friedensvoraussetzungen zu schaffen. Für den Fall von Machtkonflikten, wie im Falle eines Putsches oder einer Besetzung durch eine fremde Macht wird auf die Möglichkeiten des zivilen Widerstandes verwiesen. Wir haben damals anstelle des Begriffs der „Sozialen Verteidigung“ den des „Zivilen Widerstandes“ gewählt, weil „Soziale Verteidigung“ für Nicht-Insider missverständlich ist – soll damit etwa die Verteidigung der Renten- oder der Krankenversicherung gemeint sein?

Die Forscher, die in den 1950er und 1960er Jahren über eine nichtmilitärische Verteidigung nachdachten – es waren vor allem Briten, Skandinavier, Deutsche –, taten dies, weil sie nach dem Zweiten Weltkrieg erkannten, dass eine territoriale Verteidigung mit den modernen Massenvernichtungswaffen nicht mehr möglich und damit sinnlos ist.

Deshalb sahen sie als Alternative zur territorialen die soziale Verteidigung – aus drei Gründen:

- Anstelle eines Territoriums wird ein Sozialwesen, eine freiheitlich-de-

mokratische Gesellschaft verteidigt.

- Die Verteidigung ist nicht Aufgabe von Soldaten, sondern des gesamten Sozialwesens, und damit aller Bürgerinnen und Bürger.
- Die Verteidigung muss mit sozial verträglichen Methoden durchgeführt werden. Militärische Waffen verletzen, töten und zerstören. Sie sind damit ungeeignet, eine an den universellen Menschenrechten orientierte Gesellschaft zu verteidigen. Die Menschenrechte stehen in unserem Grundgesetz gleich am Beginn: Wenn laut Artikel 1 die Würde des Menschen unantastbar ist und nach Artikel 2 jedem Menschen, ob in Deutschland oder in der angreifenden Armee, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zusteht, dann scheidet meines Erachtens schon aus rechtlichen Gründen eine Armee als Mittel der Verteidigung aus.

Die erste vertane Chance. Bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg plante die westdeutsche Regierung unter CDU-Kanzler Adenauer den Aufbau einer „neuen Wehrmacht“, konzipiert von ehemaligen hohen Offizieren. Dieses dann Bundeswehr genannte Militär wurde 1955 aufgestellt, nachdem dies durch eine Grundgesetzänderung rechtlich erlaubt worden war. Dass Deutschland in der Folge der Remilitarisierung einer der weltweit größten Waffenexporteure geworden ist, das war eine verheerende Fehlentscheidung.

Eine Frage an unsere politische Phantasie: Wie wäre die europäische und die Weltgeschichte verlaufen, hätte Deutschland als Konsequenz aus zwei entfachten Weltkriegen sich als militärfreies Staatswesen definiert

und sich im Sinne der schon nach dem Ersten Weltkrieg von einigen Wissenschaftlern und friedensengagierten Menschen geforderten Entwicklung für den Aufbau einer gemeinsamen internationalen Polizei engagiert?

Nachdem ab 1956 auch noch die Wehrpflicht – oder exakter: der Kriegsdienstzwang unter Androhung langjähriger Haftstrafen – eingeführt wurde, maßte sich der Staat an, die Gewissen der Kriegsdienstverweigerer zu prüfen. Eine beliebte Frage in diesen Inquisitionsverfahren war die, was der „Antragssteller“ (Kriegsdienstverweigerer) zu tun gedenke im Falle, dass „der Russe“ käme. Hier eine plausible Antwort jenseits militärischer Gewaltanwendung geben zu können, wurde seitens der Prüfungsgremien als Indiz für eine ernsthafte Gewissensentscheidung gewertet. Infolgedessen befassten sich viele Kriegsdienstverweigerer mit diesen Fragen, ebenso die Berater und Beraterinnen der Friedensorganisationen und der Kirchen.

In der badischen Landeskirche entstand deshalb 1979 der Arbeitskreis Soziale Verteidigung. Auf regelmäßigen Treffen und Tagungen studierten pazifistisch eingestellte Menschen die Beispiele gewaltfreier Konfliktaustragungen wie Gandhis Freiheitskampf (der 1947 mit der Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien endete), den Widerstand im Ruhrkampf (gegen die französische und belgische Besetzung des Ruhrgebiets 1923 bis 1925), die gewaltfreien Widerstände in Dänemark und Norwegen (gegen die deutsche Besetzung während des Zweiten Weltkriegs), den Bürgerrechtskampf mit Martin Luther King an der Spitze (in den 1950er und 1960er Jahren in den USA), den gewaltlosen Widerstand der Tschechoslowaken (gegen die sowjetische Besetzung 1968), die Rosenkranzrevolution auf den Philip-

pinen (1986 gegen das Marcos-Regime) usw.

Auf der Jahrestagung des Internationalen Versöhnungsbundes entwickelten wir die Idee zu einem bundesweiten Kongress für Soziale Verteidigung. Dieser fand 1988 mit 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im westfälischen Minden statt, woraus ein Jahr später der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) gegründet wurde. Die Gründungsvorsitzenden waren Petra Kelly von den Grünen und Prof. Theodor Ebert, dem in Deutschland führenden Theoretiker zur Sozialen Verteidigung.

Als die BSV-Fachgruppe für die pädagogische Vermittlung des Konzeptes am 9. November 1989 in Villigst tagte, trauten wir unseren Augen nicht, als wir im Fernsehen den Fall der Berliner Mauer mitverfolgen konnten. Die Reihe der vorgenannten historischen Beispiele gewaltfreier Auf- und Widerstände wurde damit im eigenen Lande um ein weiteres bereichert.

Theodor Ebert brachte den Wechsel der Problemstellung mit diesen Worten auf den Punkt: Jetzt geht es nicht mehr um die Frage, was wir machen, wenn „der Russe“ kommt, sondern was wir machen, wenn die Amerikaner bleiben.

Die zweite vertane Chance. Die sich mit dem Mauerfall ergebende zweite friedenspolitische Chance wurde verspielt. Deutschland hätte seine Armee nicht nur von 670 000 Soldaten in BRD und DDR auf 370 000 reduzieren sollen, was vor allem ein Wunsch Frankreichs und Großbritanniens war, sondern hätte der erste militärfreie Staat in Europa werden können. Auch hier die Phantasiefrage: Wie wäre die Geschichte weiter verlaufen – ohne Bundeswehr, ohne Rüstungsexporte und vor allem ohne Nato-Osterweiterung...?

Die deutschen Außen- und Sicherheitspolitiker lechzten regelrecht danach, mehr – militärische – Verantwortung zu übernehmen und betrieben dies nach Art der Salamitaktik. „Verantwortung“ ist dabei die euphemisti-



Theodor Ziegler (li. auf dem Podium) neben Hans-Jürgen Kobus und Ernst Rattinger in Karlsruhe

Foto: Stefan Philipp

sche Umschreibung von militärischer Macht. Während bis dahin Jugendoffiziere in den Schulen nicht müde wurden zu sagen, die Bundeswehr sei nur zur Landesverteidigung da und, weil diese heute nicht mehr möglich sei, nur zur Kriegsverhütung durch Abschreckung, wurde die Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ umgewandelt. Eine „Friedensmission“ folgte der anderen – mit sehr fragwürdigen Ergebnissen.

Die große gewaltfreie Leistung der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung in der DDR geriet darüber zunehmend in Vergessenheit und spielt in der heutigen Außen- und Sicherheitspolitik leider keine Rolle mehr. Politiker der Ampel wie auch der CDU/CSU-Opposition fordern sogar eine Führungsrolle Deutschlands in der europäischen Militärpolitik.

Die dritte vertane Chance. Wohin die militärische Sicherheitspolitik führt, müssen wir angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine mit Grauen beobachten.

Auch hier die Phantasiefrage: Wie wäre die Geschichte verlaufen, hätte sich die Selenski-Regierung am Beispiel der Tschechoslowakei 1968 orientiert? Und hätten die westlichen

Staaten eine sich spontan gewaltlos verteidigende Ukraine mit der Hälfte der jetzt für den Krieg aufgewendeten Finanzen in diesem zivilen Widerstand unterstützt, möglicherweise der ukrainischen Regierung in Deutschland Exil angeboten?

Hunderttausende Menschen wäre noch am Leben, wären nicht verstümmelt, hätten noch eine Wohnung; die für den Wiederaufbau der Ukraine erforderlichen Hunderte Milliarden Euro müssten von den westlichen Staaten nach Kriegsende nicht aufgebracht werden.

Ich weiß: hätte, hätte, Fahrradkette...

Die vierte zu ergreifende Chance. Trotz des regelrechten Militärsogs in der politischen, kirchlichen und medialen Öffentlichkeit beobachte ich auch eine wachsende Nachdenklichkeit über die Sinnhaftigkeit militärischer Friedenssicherung. Wir PazifistInnen, die wir Militär aus humanitären oder religiösen Gründen kategorisch ablehnen, so wie wir es auch mit der Todesstrafe und der Sklaverei tun, wir sollten initiativ werden für ein neues sicherheitspolitisches Denken, für eine zivile Sicherheitspolitik, die friedenslogisch ist, also vom Ziel des Friedens »

» her die notwendigen sicherheitspolitischen Entscheidungen fällt.

Für dieses Engagement brauchen wir ein Zieldatum und Schritte für diesen Weg, genauso wie bei der CO₂-Reduktion. Die Initiative SND hat das Jahr 2040 als Zieljahr benannt und ihre Schritte mit Jahreszahlen zeitlich beschrieben. Neben einer fairen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik geht es auch darum, inklusive Sicherheitsstrukturen, wie in Europa die OSZE oder global die Uno, zu stärken. Aktuell hat die SND-Fachgruppe dazu das Buch „Weltinnenpolitik und Internationale Polizei“ präsentiert (*siehe die Besprechung in dieser ZivilCourage auf Seite ??*).

Weil die militärische Verteidigung eines komplexen Industriestaates wie Deutschland nur um den Preis der Vernichtung möglich ist, müssen wir einüben, wie wir im Falle einer Okkupation, aber auch im Fall eines Putsches unsere Demokratie und die hier lebenden Menschen verteidigen. Theodor Ebert sprach davon, dass Soziale Verteidigung eine gesteigerte Normalität unter abnormalen Bedingungen bedeute und ein „Maßanzug für Demokratien“ sei. Jede und jeder bleibt auf

ihrem bzw. seinem Platz und versucht, unsere Art der Lebensgestaltung und -organisation weiterzuführen – ohne gewalttätig zu werden. Eine solche Gesellschaft entfalte, so Ebert, anstelle einer militärischen Abschreckung, die die Gegenseite zu selbigem Tun reizt, eine Abhaltungswirkung: Eine Okkupationsregierung muss sich erst überlegen, wie sie ihren Leuten beibringt, dass sie von uns bedroht werden.

Bei allen vorgenannten historischen Beispielen gewaltloser Verteidigung wurde diese spontan, der Not gehorchend ergriffen. Soziale Verteidigung bedeutet jedoch zum einen, dass ein Land, eine Gesellschaft auf Militär generell verzichtet. Damit beraubt sie mögliche Aggressoren des Hauptgrundes für einen Angriff: sich gegen uns schützen zu müssen. Zum zweiten wird der zivile Widerstand nicht dem Zufall überlassen, sondern strukturell und personell vorbereitet. Eine so resiliente und im zivilen Widerstand eingeübte Gesellschaft dürfte für autokratische Aggressoren ein erhebliches Problem darstellen. Soziale Verteidigung reizt somit nicht zum Wettrüsten und lockt nicht zur Okkupation.

Alles, was ökologisch sinnvoll ist – z.B. eine möglichst dezentrale und autarke Energieversorgung und Lebensmittelproduktion –, ist auch für eine Soziale Verteidigung hilfreich. Ebenso spielt eine breite Friedensbildung zur gewaltfreien Konfliktaustragung eine wichtige Rolle für den innergesellschaftlichen Frieden, aber auch für ein gutes internationales Miteinander.

Eine Soziale Verteidigung im Sinne einer so vorbereiteten gewaltfreien Verteidigung gab es bisher noch nicht. Wenn wir keinen mehr Krieg wollen, müssen wir jedoch darauf hinarbeiten.

Der promovierte Religionspädagoge Theo Ziegler ist langjähriges DFG-VK-Mitglied und Mitglied im Koordinierungskreis der Initiative „Sicherheit neu denken“. Der Text basiert auf einem Impulsreferat beim Neujahrstreffen des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg am 21. Januar in Karlsruhe. Auf den Abdruck der Fußnoten wurde hier verzichtet, sie sind in der Online-Veröffentlichung nachlesbar. <<

„Das ist meine Schwester“

Interview mit Johanna Grieger, dem ältesten DFG-VK-Mitglied

Du hast in deiner Jugend den Krieg erlebt. Welche Ereignisse waren entscheidend für dein dann jahrzehntelanges Friedensengagement?

Ich erinnere mich gut, wie 1942 in meiner Schulklasse die Jungen danach fieberten, endlich an die Front zu dürfen, um „unser Vaterland“ zu verteidigen. Bei jedem Motorengeräusch über uns sprangen sie zu den Fenstern und folgten den Flugzeugen sehnsüchtig mit den Augen. Und im Lateinunterricht fragten sie oft: Brauche ich das als Flieger? Später stand dann in den Todesanzeigen der Gefallenen: „Für

Führer, Volk und Vaterland. In stolzer Trauer.“

Ende 1944 wurde in meiner ehemaligen Schule, wo ich gerade Abitur gemacht hatte, ein Feldlazarett eingerichtet. Weil ich Ärztin werden wollte, bekam ich ein gestreiftes Kleid, eine weiße Schürze, eine Rotkreuz-Brosche, ein Häubchen und einen Rotkreuz-Ausweis – und wurde fortan Schwester Johanna genannt.

Jeden Tag kamen Flugzeuge von der Front und brachten Verwundete. Im Zeichensaal, jetzt OP, wurden alle operiert, fast nur Amputationen. Auf dem Flur lagen viele Soldaten mit Bauchschüssen; sie stöhnten laut vor



Johanna Grieger ist 99 Jahre alt, seit 1954 Mitglied zunächst der Internationale der Kriegsdienstgegner, schließlich der DFG-VK und – wie man sieht – heute noch aktiv gegen Krieg.

Schmerzen. Man gab mir eine große Spritze in die Hand mit Morphin.

„Spritzen Sie, Schwester Johanna, so viel, wie jeder braucht, damit er aufhört zu stöhnen. Spritzen Sie durch die Uniform, für alle mit der selben Spritze. Die sterben sowieso alle heute noch.“

Einen Patienten sollte ich in den Verbandsraum bringen, einen Mann mit schönen dunklen Locken. Als ich die Decke wegzog, sah ich, dass ihm beide Arme fehlten. Dann sah ich, dass auch beide Beine fehlten. Er konnte sich nicht an mir festhalten. Er war ganz leicht zu tragen, nur Rumpf und Hals und Kopf. Aus den mit Papier umwickelten Stümpfen sickerte grüner Eiter.

Ich war die einzige Nachtschwester für ein Stockwerk mit mehreren Klassenzimmern. Man sagte mir: „Den Arzt bitte nur bei starker Blutung wecken.“ Ich fragte: „Woran sieht man das?“ Da hieß es: „Mit der Taschenlampe unter der Liege, wenn das Blut durch die Matratze läuft.“

In der Mittagspause im Schulgarten übten wir Schießen auf Apfelbäume. „Wenn der Russe kommt,“ hieß es, „müssen wir unser Leben so teuer wie möglich verkaufen.“

Wo siehst du gerade als Ärztin eine besondere Verantwortung für den Frieden?

Ich habe mich als Ärztin immer bemüht, Menschen zu helfen. Im Krieg werden Menschen aber absichtlich verwundet und getötet. Ich lehne deswegen jegliche Kriegsvorbereitung und Rüstungsproduktion ab. In Zeiten von Atomwaffen gilt dies ganz besonders. 1957 trat ich in den „Kampfbund gegen Atomschäden“ ein. Später demonstrierte ich oft mit Ärzten der IPP-NW und hielt das Schild hoch: „Wir werden euch nicht helfen können.“

Wie hast du versucht, mit Feindbildern umzugehen, zum Beispiel im Kalten Krieg?

Als wir einmal die militärische US-Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart umrundeten, ging der General-

sekretär des Internationalen Versöhnungsbundes neben mir und sagte: „Wenn aus potenziellen Feinden Freunde werden sollen müssen wir ihre Sprache sprechen.“ Daraufhin habe ich in der Volkshochschule Russisch gelernt. Jahrelang hatten wir immer wieder russische Gäste, und 1988 fuhr ich ganz allein nach Moskau und nahm auch Kontakt zur dortigen IPP-NW auf. In Moskau kam ich in eine Synagoge und sprach mit einer Frau, die mir erzählte, dass sie im KZ Schreckliches erlebt hat. Sie umarmte mich und wurde dann gefragt, wer ich denn sei. Sie antwortete: „Das ist meine Schwester.“

Hast du dich schon mal bei einer Sitzblockade von der Polizei wegtragen lassen?

Ja, zum Beispiel vor dem Atomwaffendepot in Mutlangen, zusammen mit Prominenten oder auch mit Kollegen, alle im weißen Arztkittel. Danach stand ich auch schon viele Male vor Gericht wegen angeblicher Nötigung.

An deinem Rollstuhl hängt das Schild „No to NATO“ und „Krieg stoppen! Keine Waffen!“ Wie reagieren die Leute?

Viele Passanten werden aufmerksam, und wir kommen ins Gespräch. Es sind dadurch sogar schon neue Freundschaften entstanden.

Du hast schon in den 1970ern gegen Atomkraft demonstriert, in den 1980ern gegen Atomraketen und neulich erst mit Fridays for Future. Was ist dein größtes Anliegen?

Für mich gehören diese Anliegen alle zusammen. Es geht mir um die Zukunft für meine Kinder, Enkel und Urenkel und um die Verantwortung für unsere Welt. Ich bin glücklich, dass meine ganze Familie sich ebenfalls für dieses Ziel engagiert.

Für die *ZivilCourage* sprach Rainer Schmid mit Johanna Grieger. <<

Bitte umsteigen von analog auf digital



Der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb wirbt:

Weniger Geld für die Post, mehr für Politik!

Und bittet darum, dass sich möglichst viele Mitglieder dafür entscheiden, die *ZivilCourage* nicht mehr als gedrucktes Heft per Post zu beziehen, sondern digital als PDF per E-Mail. Zu lesen am Computer, auf dem Tablet oder Smartphone. Bisher haben sich mehr als 400 Mitglieder für den Digitalbezug entschieden und sparen v.a. Portokosten (und in geringerem Maß auch Druckkosten) ein. Geld, das damit nun direkt in die politische Arbeit der DFG-VK fließt. Und eine Umstellung schont natürliche Ressourcen.

Die Umstellung ist ganz einfach:

Entweder zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/ aufrufen, eintragen, absenden, fertig. Oder: E-Mail an: zc@dfg-vk.de mit dem Betreff: *ZC digital* Bitte Vor- und Nachnamen, Wohnort und (falls griffbereit) Mitgliedsnummer angeben. Vielen Dank!

Friedenslogik gegen die Unlogik des Krieges

Internationale Friedenskonferenz fordert sofortigen Waffenstillstand im Ukrainekrieg

Von Guido Grünewald

Mehr als 500 Teilnehmer:innen (davon ca. 200 online) aus 32 Ländern trafen am 10. und 11. Juni in Wien zum *International Summit for Peace in Ukraine* zusammen. Eingeladen hatten u.a. das *Internationale Friedensbüro*, *Codepink* (USA), das *Weltsozialforum*, *Transform! Europe*, der *Internationale Versöhnungsbund* und ös-

terreichische Organisationen. Die Zusammenkunft war das erste internationale Treffen von zivilgesellschaftlichen und Friedensorganisationen zum Thema Ukrainekrieg.

Der *Österreichische Gewerkschaftsbund* (ÖGB), in dessen Räumlichkeiten der Gipfel stattfinden sollte, zog seine Zusage zwei Tage vor Eröffnung zurück, nachdem der uk-

rainische Botschafter die Veranstaltung als „russische Propaganda“ und die Teilnehmer als „Friedens-Pseudo-Aktivist:innen“ bezeichnet hatte, die „Russlands Verbrechen und diesen Krieg“ rechtfertigen würden. Der Medientechniker des ÖGB, der angeboten hatte, am Ersatzveranstaltungsort kostenlos für die Technik zu sorgen, musste sein Angebot zurückziehen,

Frieden mit friedlichen Mitteln. Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!

Internationaler Gipfel für Frieden in der Ukraine – Wien (Österreich), 10./11. Juni 2023

Wir, die Organisatoren des Internationalen Gipfels für Frieden in der Ukraine, rufen die Staats- und Regierungschefs aller Länder auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine einzusetzen.

Wir sind eine breite und politisch vielfältige Koalition, die Friedensbewegungen und die Zivilgesellschaft, einschließlich gläubiger Menschen in vielen Ländern, vertritt. Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschheit ist und dass es keine militärische Lösung für die derzeitige Krise gibt.

Wir sind zutiefst alarmiert und traurig über den Krieg. Hunderttausende wurden getötet und verwundet, Millionen wurden vertrieben und sind traumatisiert. Städte und Dörfer in der gesamten Ukraine und die natürliche Umwelt wurden zerstört.

Noch weitaus mehr Tod und Leid könnte es geben, wenn der Konflikt eskaliert und es zum Einsatz von Atomwaffen kommt – ein Risiko, das heute höher ist als jemals zuvor seit der Kubakrise.

Wir verurteilen den illegalen Einmarsch Russlands in die Ukraine. Die Institutionen, die zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa geschaffen wurden, haben versagt, und das Versagen der Diplomatie hat zum Krieg geführt. Jetzt ist Diplomatie dringend erforderlich, um den Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine zerstört und die Menschheit gefährdet.

Der Weg zum Frieden muss auf den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit, der Achtung der internationalen Menschenrechte und der Selbstbestimmung aller Gemeinschaften beruhen.

Wir unterstützen alle Verhandlungen, die für die Logik des Friedens und nicht für die Unlogik des Krieges stehen.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die ukrainische Zivilgesellschaft, die sich für ihre Rechte einsetzt. Wir verpflichten uns, den Dialog mit denjenigen in Russland und Weißrussland zu verstärken, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um sich dem Krieg zu widersetzen und die Demokratie zu schützen.

Wir rufen die Zivilgesellschaft in allen Ländern auf, sich uns in einer Woche der weltweiten Mobilisierung (Samstag, 30. September - Sonntag, 8. Oktober 2023) für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zur Beendigung dieses Krieges anzuschließen.

Wien, 11. Juni 2023



Wir müssen alle unseren Beitrag leisten, damit wir der Aufgabe des Friedens gewachsen sind. – Albert Einstein

Übersetzung: DeepL und Guido Grünewald

da ihm vom ÖGB mit Kündigung gedroht wurde. Die Mainstream-Medien in Österreich griffen die Vorwürfe auf und berichteten entsprechend.

Gemünzt waren die Vorwürfe u.a. auf den bekannten US-Ökonomen und Politikberater Jeffrey Sachs, der 2022 im russischen Fernsehen in der Talkshow des Propagandisten Wladimir Solowjow aufgetreten war. Sachs verortet die Ursache für den Krieg im Bestreben der US-Neokonservativen nach Osterweiterung der Nato und Aufrechterhaltung der US-Vorherrschaft im internationalen System.

Auch verschiedene Stimmen aus dem „Globalen Süden“ (ein erklärungsbedürftiger Hilfsbegriff, da die zugehörigen Staaten zahlreiche Differenzen untereinander haben) sprachen dem Westen unter Führung der USA die Hauptverantwortung für den Krieg und die Schlüsselrolle für seine Beendigung zu.

Die indische Politikwissenschaftlerin Anuradha Chenoy skizzierte drei Punkte, in denen viele Staaten des Globalen Südens übereinstimmen: 1) Neutralität im Ukrainekrieg vor dem Hintergrund westlicher Doppelstandards; 2) Ablehnung der Sanktionen; 3) Ablehnung der US-Vorherrschaft und Präferenz für ein multipolares System.

In den Plenumsansprachen sowie vor allem in den Arbeitsgruppen gab es zahlreiche abweichende Meinungen, geteilt wurde die Sorge vor einer nuklearen Eskalation. So wies der im Exil lebende russische Umweltschützer Oleg Bodrow auf die verzweifelte Lage der Zivilgesellschaft in seinem Land hin. Manche Teilnehmer:innen sahen die Kriegsschuld ausschließlich bei den russischen Invasoren und forderten den Abzug der russischen Truppen als Vorbedingung für Verhandlungen. Umstritten war auch, ob weiter Waffen geliefert werden sollten, bis es zu einer Aufnahme von Verhandlungen gekommen sei. Im Schlussdokument (ausdrücklich als Erklärung der Organisatoren und nicht der Konferenz konzipiert) wird „Russ-

lands illegale Invasion“ verurteilt und zu einer globalen Aktionswoche im Herbst für „einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zur Beendigung dieses Krieges“ aufgerufen. Anknüpfend an das Beispiel Italien mit Demonstrationen von über 100 000 Menschen sollen möglichst breite Bündnisse gebildet werden.

Frauen spielten sowohl bei der Vorbereitung als auch beim Gipfel selbst eine wichtige Rolle. Ann Wright, ehemalige US-Diplomatin und Offizierin im US-Militär, wies eindringlich darauf hin, dass Friedensverhandlungen oft lange dauern und zwischen einem Waffenstillstand (der häufig durch neue Kämpfe mehrmals gebrochen und erneuert wird) und einem Friedensabkommen viel Zeit liegen kann. Aus meiner Sicht ist das ein Argument dafür, die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand zu erheben.

Die irische Europaabgeordnete Clare Daly machte am Beispiel des Karfreitagsabkommens, das 1998 den nordirischen Bürgerkrieg beendete, darauf aufmerksam, dass Frieden komplex sei und es kein perfektes Friedensabkommen gebe. Als der moderate katholische Politiker John Hume mit der Sondierung von Friedensgesprächen begonnen habe, sei er enorm angefeindet worden, denn natürlich sei „die Zeit nicht reif“ gewesen. Das Abkommen selbst sei keineswegs perfekt, z.B. gebe es London eine zu große Rolle. Dennoch sei das Alltagsleben seit dem Abkommen deutlich besser geworden.

Auch wenn der Kongress einige euphorische Momente hatte („Wir sind weltweit die Mehrheit“), herrschte insgesamt große Ernsthaftigkeit und Diskussionsbereitschaft. Auf der langen Zugfahrt zurück dann Ernüchterung durch einen Bericht im aktuellen *Freitag*, wonach der Kreml den Krieg fortsetzen will, bis die Ukraine für den Westen als maßgeblicher Partner ausfällt. Dennoch: Wer soll sich für ein Ende der Grausamkeiten und ein rasches Kriegsende, das nicht auf einem Siegfrieden mit verhängnis-

vollen Folgen beruht, einsetzen wenn nicht Friedensbewegte, die auf keinem Auge blind sind?

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK. <<

Anzeige



Schwerpunkt

Klimakrise

Gewalt – Widerstand – Transformation

72 Seiten | 12 € (druck) / 9 € (ePUB/PDF)

bestellen unter: wissenschaft-und-frieden.de

Die Klimakrise stellt Gesellschaften weltweit vor existentielle Herausforderungen. Einerseits verschärfen sich Verteilungskonflikte um immer knapper werdende Ressourcen und andererseits verschärfen Kriege und gewaltsame Konflikte die Dynamik der Klimakrise. Die Autor*innen des Heftes zeichnen Gewalt in der Klimakrise nach, analysieren gelebte Widerstandspraktiken und fragen nach globalem solidarischen Handeln – für eine nachhaltig friedliche Transformation.

Zudem: »Neue« Pazifismen? | Dennoch friedenslogisch Handeln! | Territorialität im Russland-Ukraine-Krieg

W&F 2/23 | Mai | 72 Seiten
12 € (druck) / 9 € (ePUB+PDF)
als Einzelheft oder im Abonnement
Bestellen: www.wissenschaft-und-frieden.de

40 Jahre W&F

Save the Date: 6./7. Oktober 2023, Bonn
Symposium „Wissenschaft für den Frieden“

mehr: www.wissenschaft-und-frieden.de

Global betrachtet

Informationen aus dem Netzwerk War Resisters' International (WRI)

Von Keno Goertz

„**A**ntimilitarist Roots“. Endlich ist es wieder so weit. Im Juni trifft sich die War Resisters' International in London zu ihrem alle drei bis vier Jahre stattfindendem Assembly Meeting. Das ist in etwa vergleichbar zu unserem Bundeskongress auf internationaler Ebene: Es ist die ganz große Party, auf der sich Delegierte der über 90 in der WRI vereinten Gruppen aus 40 Ländern treffen, die neuen Mitglieder des Councils (in etwa wie unser Bundesausschuss) wählen und die politische Richtung der WRI für die nächsten Jahre im Konsensverfahren festlegen.

Und da alle schon mal in London sind, gibt es vom 16. bis zum 18. Juni eine öffentliche Konferenz mit dem Namen „Antimilitarist Roots“. Diese Veranstaltung wird voraussichtlich sehr partizipativ werden. Man hat sich auf eine Stunde Frontalprogramm mit

Vortrag oder Podiumsdiskussion pro Tag beschränkt. Der Rest des Wochenendes wird gefüllt mit einem bunten Programm an Workshops und Zusammenarbeit in Themengruppen.

In der nächsten Ausgabe dieser Kolumne werde ich also hoffentlich spannende Dinge von der Konferenz, den besuchten Workshops und den Entscheidungen der Assembly zu berichten haben.

Gespannt bin ich auch auf das in der WRI seit Jahren praktizierte Konsensverfahren. Grundsätzlich bin ich recht skeptisch, wie konsensual die in den sogenannten Konsensverfahren gefällten Entscheidungen tatsächlich sind und inwiefern das Ganze nicht eher ein Werkzeug ist, mit dem Dissens unsichtbar gemacht wird. Bleibt abzuwarten, ob mir die Assembly hier eine neue Perspektive gibt. (<https://bit.ly/3KSvRPK>)

Ukrainischer Kriegsdienstverweigerer inhaftiert. Am 19. Januar wurde ein ukrainischer Kriegsdienstverweigerer zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Vitaly Alekseenko verweigerte aus christlicher Motivation den Kriegsdienst und erklärte in einer Pressemitteilung anlässlich des Gerichtsurteils: „Ich habe dem Gericht recht gegeben, dass ich das Gesetz der Ukraine gebrochen habe. Aber ich bin unschuldig vor dem Gesetz Gottes.“ Mittlerweile sitzt Alekseenko im Gefängnis.

Einige Quellen sprechen davon, dies sei die erste Inhaftierung einer Kriegsdienstverweiger*in seit der Vollinvasion Russlands im Februar 2022 und der anschließenden Suspendierung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine. Tatsächlich wurden bereits im Mai und Juni 2022 mindestens zwei KDVer*innen zu Haftstrafen verurteilt. (<https://bit.ly/3GUuwGI>)

Am 10. April meldet die Deutsche Presseagentur nun eine weitere Verurteilung eines ukrainischen KDVer, in diesem Fall zu drei Jahren Haft. (<https://bit.ly/43Db7E2>)

Das European Bureau for Conscientious Objection (Ebco), die WRI, die International Fellowship of Reconciliation (Ifor) und Connection e.V. riefen Russland und die Ukraine zur Gewährleistung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung auch in Kriegzeiten auf. Sie fordern die sofortige Freilassung von Vitaly Alekseenko und rufen insbesondere russische Soldat*innen zur Verweigerung des Kriegsdienstes auf. (<https://bit.ly/3UOpCRo>)



Zerbrochenes „Pustegewehr“ vor der belarussischen Botschaft in Berlin am 20. Februar

Illegale Gefängnisse der russischen Armee (<https://bit.ly/43K1JOW>). Im Osten der Ukraine hat die russische Armee ein Netzwerk aus illegalen Gefängnissen aufgebaut, in denen ukrainische Soldat*innen und Zivilist*innen sowie russische Kriegsdienstverweiger*innen gefangen gehalten und gefoltert werden (<https://bit.ly/43YIBSv>).

Das European Bureau for Conscientious Objection (Ebco), Connection e.V., der Internationale Versöhnungsbund (Ifor) und die WRI zitieren in einer gemeinsamen Pressemitteilung die russische Jugendgruppe Vesna: „Journalist*innen haben die Existenz 13 solcher Gefängnisse bestätigen können. Nach Angaben von Verwandten werden dort mehr als 600 Menschen gefangen gehalten.“

Die russischen Kriegsdienstverweiger*innen würden in den Gefängnissen bedroht und gefoltert, um sie zurück an die Front zu zwingen. Auch in Russland gibt es aktuell kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Die Inhaftierten der illegalen Gefängnisse werden aber nicht einmal in einem Gerichtsverfahren mit der Möglichkeit zur Strafverteidigung verurteilt, sondern willkürlich ohne Prozess verhaftet.

In ihrer Pressemitteilung fordern die Organisationen die sofortige Freilassung der Inhaftierten, deren medizinische Versorgung und die Achtung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung. Außerdem fordern sie von den russischen Behörden und von Putin höchstpersönlich, die für die illegalen Gefängnisse Verantwortlichen ausfindig zu machen und Maßnahmen zu ergreifen, um solche Gefängnisse zukünftig zu verhindern.

Ob das hinter dieser Forderung steckende Bild sinnvoll ist, nämlich dass die Gefängnisse nur das Werk einiger „fauler Äpfel“ seien, die es ausfindig zu machen gelte, wage ich zu bezweifeln.

NO means NO. Auch in Belarus gibt es de facto kein Recht auf Kriegs-

dienstverweigerung. Dieses ist zwar in der Verfassung festgehalten. Trotzdem muss, wer in Belarus den Kriegsdienst verweigert, mit einer Haftstrafe rechnen.

Seit Beginn der Vollinvasion Russlands in die Ukraine, an der sich die belarussische Regierung unterstützend beteiligte, besteht die Sorge, dass das belarussische Militär eine zweite Front eröffnen und ebenfalls in die Ukraine einmarschieren könnte.

Daher hat die belarussische Menschenrechtsorganisation Nash Dom (deutsch: „Unser Haus“) eine Kampagne ins Leben gerufen, die Belarus*innen zur Kriegsdienstverweigerung bewegen soll. Die Kampagne mit dem Namen „NO means NO“ ruft junge Belarus*innen auf, den Kriegsdienst zu verweigern und nach Polen oder Litauen zu fliehen, um einer Haftstrafe zu entgehen. Laut Angaben von Nash Dom sind bereits 20000 Kriegsdienstverweiger*innen aus Belarus geflohen.

Die Kampagne ruft weiterhin die belarussische Regierung dazu auf, das Menschenrecht auf Kriegsverweigerung anzuerkennen. Von den europäischen Regierungen wird die Einrichtung eines humanitären Korridors und Asyl für belarussische Kriegsdienstverweiger*innen gefordert. (<https://bit.ly/3AdPgWe>)

Anlässlich des Jahrestags der Vollinvasion in der Ukraine rief Nash Dom dazu auf, die Forderungen der Kampagne vor die belarussischen Botschaften zu tragen. Dem Aufruf sind Gruppen aus der Ukraine, Großbritannien, Griechenland, Deutschland und den Niederlanden gefolgt. (<https://bit.ly/40RtYJ>)

Accuracy International. Die War Resisters' International hat in ihrer Reihe „War Profiteer Profiles“ einen Text zum britischen Schusswaffenhersteller Accuracy International veröffentlicht. Die Firma wurde 1978 von Sportschützen gegründet, hat ihren Sitz in Portsmouth und hat sich auf den Bau von Scharfschützengewehren spezialisiert. 2017 hatte der Waffenher-

Keno Goertz wurde auf dem Bundeskongress im Mai 2022 als Vertreter der DFG-VK im



Council der War Resisters' International (WRI) gewählt. Diese Internationale der Kriegs(dienst)gegner*innen ist ein 1921 entstandenes globales pazifistisches und antimilitaristisches Netzwerk von aktuell über 90 Gruppen und Organisationen in 40 Ländern.

In dieser Kolumne berichtet Keno Goertz regelmäßig aus der WRI, um den *ZivilCourage*-Leser*innen das globale Engagement von Kriegsgegner*innen sichtbar zu machen.

steller 80 Mitarbeiter*innen. (<https://bit.ly/3KK5oDQ>)

Der Text der WRI stützt sich auf einen Beitrag der Investigativrecherche-Webseite Bellingcat aus dem Jahr 2020. Aus dem Beitrag geht hervor, dass Waffen von Accuracy International überall auf der Welt zum Töten benutzt werden. So unter anderem von britischen Soldat*innen in Afghanistan, von saudischen Soldat*innen im Jemen, von türkischen Soldat*innen im syrischen Afrin, von indonesischen Soldat*innen in West-Papua, von der syrischen Spezialeinheit und auch von russischen Soldat*innen in der Ukraine.

Friedensnetzwerk in Asien. Mitte Februar fand das erste Treffen des sich gerade in der WRI gründenden Friedensnetzwerks in Asien statt. Dort trafen sich 12 Aktivist*innen aus acht Ländern. Das Netzwerk will sich weiterhin monatlich treffen, wachsen und einen klaren Fokus herausarbeiten. In Asien war die WRI bisher verhältnismäßig schlecht aufgestellt. Wir werden uns in den nächsten Monaten also auf neue Impulse für die Dachorganisation freuen können. (<https://bit.ly/3olqOj7>)



Deserteure und KDVer unterstützen

Europäisches KDV-Büro fordert Asyl für Deserteure des Ukraine-Kriegs

Von Guido Grünewald

Die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Russland und der Ukraine steht weiter im Mittelpunkt der Aktivitäten des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (European Bureau for Conscientious Objection; EBCO).

Mit der WRI (War Resisters' International), dem Internationalen Versöhnungsbund (International Fellowship of Reconciliation; IFOR) und Connection e.V. in Offenbach hatte EBCO am 21. September 2022, dem 1981 von der UN-Generalversammlung eingeführten internationalen Friedenstag, die #ObjectWarCampaign gestartet. Ziel dieser Kampagne ist es, die Regierungen der EU-Staaten zu bewegen, den vollmundig versprochenen Schutz für russische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure auch tatsächlich zu gewährleisten und ihn auf Kriegsverweigerer aus Belarus und der Ukraine auszudehnen.

Am 2. März dieses Jahres führte der Unterausschuss für Menschenrechte des Europaparlaments eine öffentliche Anhörung durch, bei der u.a. EBCO-Vizepräsident Sam Biesemans sprach. Eine Online-Petition (<https://bit.ly/4415grx>) wird von der Kampagne weitergeführt; die ersten knapp 50 000 Unterschriften wurden am 15. Mai,

dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer, in Berlin unter Beteiligung der DFG-VK an die dortige Vertretung der Europäischen Kommission übergeben.

Die Kampagne stand auch im Mittelpunkt der EBCO-Generalversammlung, die am 22. April in Athen stattfand. Neben einer öffentlichen Aktion auf dem zentralen Syntagma-Platz (Video: bit.ly/43HQR3E) führte eine EBCO-Delegation unter Beteiligung von Russ:innen und Belarus:innen ausführliche Gespräche mit zwei griechischen Linksparteien (bit.ly/3Ph9asm), die herrschende Nea Dimokratia sagte ein vereinbartes Treffen kurzfristig ab.

Einige Tage zuvor hatte EBCO-Präsidentin Alexia Tsouni den protestantischen ukrainischen Kriegsdienstverweigerer Vitaly Alekseenko, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, in der Haft besucht. Am 25. Mai wurde Alekseenko vorläufig freigelassen, nachdem der Kassationshof am Obersten Gerichtshof in Kiew die Verurteilung aufgehoben und den Fall zur erneuten Verhandlung an das Ursprungsgericht verwiesen hatte.

In der Ukraine stehen weitere Gerichtsverfahren an, Prozessbeobachtung und direkte juristische Unterstützung werden auch weiter notwendig

sein. In Belarus findet die Kampagne „NEIN heißt NEIN“, die von der Organisation Nash Dom (Unser Haus) mit der Protagonistin Olga Karatch ausgeht und belarussische Männer aufruft, sich dem Militär zu verweigern, großen Widerhall. 2022 wurden 400 diesbezügliche Strafverfahren eingeleitet, im Fe-

bruar 2023 für Militärangehörige die Todesstrafe für „Hochverrat“ (wozu Desertion zählt) eingeführt, die Unterstützung von Deserteuren kann mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden.

Mensch sollte meinen, dass es im Interesse der europäischen Regierungen liegt, wenn es in Belarus starken Widerstand gibt, der ein Eingreifen der Armee in den Krieg unwahrscheinlicher macht, ebenso eine hohe Zahl von Verweigerern und Deserteuren in Russland. Stattdessen spielen deutsche Behörden ein doppeltes Spiel:

Bei Asylverfahren von Militärdienstentziehern aus Russland verneinen sie, dass den Betroffenen mit „beachtlicher Wahrscheinlichkeit“ eine Rekrutierung droht. Humanitäre Visa gemäß § 22 Aufenthaltsgesetz werden nur Personen gewährt, die wegen politischer Aktivitäten in Russland ernsthaft von Verfolgung bedroht sind. Dazu Rudi Friedrich von Connection e.V.: „Ein Deserteur kann kein humanitäres Visum beantragen, er wird ja im Herkunftsland gesucht. Bei einem Militärdienstentzieher sehen die deutschen Behörden keine drohende Verfolgung. Wie soll er dann ein humanitäres Visum erhalten können?“

Die #ObjectWarCampaign wird weitergehen, jüngst im Rahmen einer Arbeitsgruppe in Wien auf dem internationalen Gipfel für Frieden in der Ukraine. Probleme für Kriegsdienstverweigerer gibt es aber auch in anderen europäischen Ländern; in 16 Mitgliedsstaaten des Europarats gibt es (weiter oder erneut) eine Wehrpflicht. Details finden sich im aktuellen Jahresbericht des EBCO über die Situation der KDV in Europa, der am 15. Mai veröffentlicht wurde (bit.ly/42Jmvg5).

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK. <<



Treffen von EBCO-Präsidentin A. Tsouni (re.) mit Aktiven der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung (li. Generalsekretär Yurii Sheliashenko)

Kirche und Militär trennen

Cleverer Infostand beim evangelischen Kirchentag im Juni in Nürnberg

Text von Willi Rester, Idee von Rainer Schmid



Foto: Willi Rester

Auf einem Tisch stehen zwei Tafeln, auf Rollen gelagert und mit einem Haken verbunden.



Ansprache der Passanten mit z.B. „Öffnen Sie den Haken! Nur für ganz Mutige. Z.B. Kirchentagsbesucher mit rotem Rucksack.“ (oder anderes eindeutiges Merkmal des/der Passantin, z.B. Bart, Rollator, schwarzes Hemd). Alternative Ansprache: „Möchten Sie den Haken öffnen?“ – „Den Haken?“ – „Sie haben hier die Möglichkeit, einen Haken zu öffnen. Sie müssen sich trauen, denn Sie wissen ja nicht, was Sie erwartet, wenn Sie den Haken öffnen und die Tür zur Seite schieben.“ – „???“ – „Ich kann Ihnen nur versichern, es ist nicht gefährlich. Es beißt nicht, es schießt nicht. Sie werden es nur herausfinden, wenn Sie den Haken öffnen.“

Die angesprochene Person ist verunsichert und nähert sich vorsichtig dem Haken. Eventuell noch ein „Nur zu“ zurufen. Der/die StandbetreuerIn geht hinter den Stand bzw. wartet eine zweite Person dort bereits.



Die angesprochene Person öffnet den Haken und schiebt die Türen auseinander.



Der/die StandbetreuerIn reicht durch den Spalt der angesprochene Person ein Tütchen Fruchtgummiherzen und ein Flugblatt. „Herzlichen Glückwunsch, Sie haben den 1. Preis gewonnen, eine Tüte Fruchtgummiherzen, fair gehandelt und vegan.“

Bei der angesprochenen Person löst sich die Anspannung, damit hatte niemand gerechnet, alle (keine einzige Ausnahme) lachen.

Der/die Standbetreuer nimmt den Haken in die Hand, schiebt die Türen wieder zusammen und hängt den Haken wieder ein mit den Worten: „Bei der Gelegenheit haben Sie auch gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Militär getrennt. Ein aus meiner Sicht sehr sympathischer Zug von Ihnen. Ich muss es leider zu meinem Bedauern wieder rückgängig machen, damit die Nächsten auch den Haken lösen können.“ Meist erfolgt hier noch ein zweiter Lacher.

Die Gelöstheit nutzt nun der/die StandbetreuerIn, eine Zwei-Zeilen-Inhaltsangabe des Flugblatts von sich zu geben. Aus den Reaktionen der angesprochenen Person ergeben sich Hinweise, ob und welche Ansatzpunkte für weitere inhaltliche Hinweise bzw. Diskussionen möglich sind. Zwischen „Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Aufenthalt auf dem Kirchentag“ und einer halbstündigen, intensiven Diskussion war alles mit drin.



Rainer Schmid und Willi Rester sind langjährige DFG-VK-Aktive. <<

Alte Kriegskritik leider immer noch aktuell

„Gute schlechte Gründe“ für die Verbrennung der Remarque-Bücher durch die Nazis Von Stefan Lau

Am 15. Mai zeigte die Kinemathek Karlsruhe zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung in Kooperation mit der Gruppe Karlsruhe der DFG-VK die 1930 gedrehte erste Verfilmung des Romans „Im Westen nichts Neues“ von Erich-Maria Remarque.

Dieser erste, ein Jahr nach der Veröffentlichung des Romans von Regisseur Lewis Milestone gedrehte Film gilt als *der* Antikriegsfilm über den Ersten Weltkrieg schlechthin. Er wurde damals mit zwei Academy-Awards (bester Film des Jahres und beste Regie) ausgezeichnet und prägte das

Bild von der Darstellung kriegerischer Gewalt im Film für Generationen. Auch die 2022 von Netflix produzierte Neuverfilmung wurde mit mehreren Oscars, ebenfalls dem für den besten Film des Jahres, und vielen weiteren Preisen, zuletzt dem deutschen Filmpreis, ausgezeichnet.

Ein kritischer Vergleich zwischen der Neuverfilmung und der ersten Verfilmung des Romans bietet sich also an.

Produziert wurde die erste Verfilmung von dem im württembergischen Laupheim geborenen jüdischen Gründer der Universal-Studios Carl Laemmle mit dem seinerzeit enormen Budget von rund 1,2 Millionen US-Dollar. War schon die von Lewis Milestone gedrehte Originalfassung für die amerikanischen Kinos von der amerikanischen Zensurbehörde um 10 Minuten gekürzt worden, schnitt Universal für die deutsche Synchronfassung schon vor der Freigabe durch die Reichsfilmprüfstelle freiwillig einige weitere Szenen heraus.

Die deutsche Uraufführung am 4. Dezember 1930 vor prominentem Publikum verlief noch ohne Proteste, aber schon am nächsten Tag wurde unter Leitung von Joseph Goebbels, damals NSDAP-Gauleiter von Berlin, von SA-Männern die Vorführung mit Mäusen und Stinkbomben gesprengt mit dem Ziel, ein Verbot des Films zu erreichen. Und bereits eine Woche später erreichten die Nationalsozialisten dies: Die Reichsfilmprüfstelle verbot unter Verweis auf die öffentliche



Badische Presse vom 12.12.1930

Ordnung sämtliche Aufführungen von „Im Westen nichts Neues“. In fast allen Tageszeitungen war dieses Verbot die Hauptschlagzeile.

Nach dem Verbot trieb die nationalsozialistische Propaganda dann die bürgerlichen Landesregierungen vor sich her. Dazu ein Beispiel aus der damals noch selbständigen Stadt



Tageszeitung „Der Führer“ vom 24.3.1931



Badische Presse vom 28.7.1931

Durlach bei Karlsruhe: Die Tageszeitung „Der Führer“ berichtete in ihrer badischen Ausgabe am 24. März 1931, dass die Ortsgruppe Durlach der Deutschen Friedensgesellschaft-Bund der Kriegsgegner „Originalfotografien mit Szenen aus dem Remarque-Film ‚Im Westen nichts Neues!‘ (...) nur für Mitglieder und eingeladene Gäste, nebst Familienangehörigen, vorführen und zwar am Dienstag, den 10. März, abends 8 Uhr im Saale ‚zur Blume‘“ wird und fragt den Staatspräsident der Republik Baden und Zentrumspolitiker Franz-Josef Wittmann rhetorisch, „ob er selbst gesonnen ist, gegen die landesverräterischen Palmenwedler einzuschreiten“, nachdem das Zentrum kurz zuvor einen entsprechenden Antrag der Nationalsozialisten unterstützt hatte.

Im Juli 1931 stimmte der Universal-Filmverleih dann zu, in Deutschland und auch allen Exportländern nur noch eine um über dreißig Minuten gekürzte Fassung des Films zu zeigen. Die Zuschauer*innen sahen also nicht mehr Milestones Film von 1930, sondern eine Fassung der deutschen Zensur, die unter dem massiven Druck nationalsozialistischer Propaganda zustande gekommen war. In Deutschland durfte der Film trotzdem nur in geschlossenen Vorstellungen gezeigt werden, obwohl in der zensierten Fassung die antimilitaristische Botschaft kaum mehr zu erkennen war. (Anzeige Badische Presse 28. Juli 1931 und Artikel Badische Presse 31.07.1931).

Erst 1984 wurde nach dreijähriger Archivarbeit im Fernsehen eine aus verschiedenen Filmfragmenten soweit wie möglich originalgetreu rekonstruierte Fassung ausgestrahlt, die das ZDF in Auftrag gegeben hatte.

Die Verbotsgeschichte des Films von Lewis Milestone zeigt, dass die reaktionären Kräfte in der Weimarer Republik die mit der breiten Wirkung der pazifistischen Botschaft des Films (und des Romans) verbundene Gefahr für den Militarismus schnell erkannt hatten und deshalb durch Zensur unterdrücken wollten.

Milestones Film und die Neuverfilmung von Edward Berger unterscheiden sich deutlich in der dramaturgischen Aufbereitung der Romanvorlage. Während im Film von 1930 aus dem naiven, patriotisch verblendeten Gymnasiasten Paul Bäumer und seinen Klassenkameraden durch den furchtbaren Drill des Unteroffiziers Himmelstoß aus nackten Überlebensgründen entmenslichte Kämpfer werden, wechseln sich im Film von 2022 sich tiefgründig gebende Metaphern, kunstvoll arrangierte Bilder, bedeutungsschwangeres Musikgrollen und perfekt inszenierte Kampfszenen einander ab. Eine Dramaturgie, die sich nicht nur weit von der Romanvorlage löst, viele Szenen des Romans weglässt, die für das Verständnis der Handlung wichtig sind, dafür neue hinzufügt und so die ursprüngliche Romanhandlung an entscheidenden Stellen umkehrt. Am deutlichsten wird dies in den unterschiedlichen Schlusszenen der Filme. Im Film von Milestone die berühmte Schlusszene mit dem Schmetterling, in der man nur die sich langsam zurückziehende Hand von Paul Bäumer nach dem tödlichen Schuss sieht; danach werden die Schlusszeilen des Romans eingeblendet, „dass der Heeresbericht sich nur auf den Satz beschränkte, im Westen sei nichts Neues zu melden“. Das glatte Gegenteil dagegen im Film von Edward Berger. Auf Befehl eines „hinzuerfundenen“ deutschen Generals gibt es einen letzten Angriff, bei dem Paul im Nahkampf im Unterstand tödlich verletzt wird. Er schleppt sich noch ins Freie und stirbt gefühlt minutenlang mit einem letzten Blick in den Himmel, das Ganze von gefühlig-be-deutsamer Musik untermalt.

Ob diese neue Verfilmung den Anspruch erfüllen kann, ein bleibender Antikriegsfilm zu sein (so er das überhaupt sein will), muss sich erst noch erweisen. Der Film von Lewis Milestone ist unzweifelhaft ein Antikriegsfilm, denn er handelt zwar vom Ersten Weltkrieg, aber seine kriegskritische Aussage kann auch auf jeden beliebig anderen Krieg übertragen werden.

Schlussbemerkung I: Im Filmgespräch nach der Aufführung in Karlsruhe hat ein ehemaliger Bundeswehroffizier geäußert, dass sich beim Drill der Soldaten auch nach über hundert Jahren im Wesentlichen nichts geändert habe.

Schlussbemerkung II: Die Wiederlektüre des Romans war genauso ergreifend und bewegend wie bei der ersten Lektüre vor vielen Jahren und ist auch für neue Leser*innengenerationen sehr empfehlenswert. Nicht nur wegen der pazifistischen Botschaft, sondern weil der Roman das Mörderische eines jeden Kriegs so deutlich macht und deshalb weit mehr ist als ein Roman über den Ersten Weltkrieg. Aus guten schlechten Gründen wurden die Bücher von Erich-Maria Remarque vor 90 Jahren von den Nationalsozialisten verbrannt.

*Stefan Lau ist einer der Sprecher*innen der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe. <<*

Film

Im Westen nichts Neues; USA 1930; Regie: Lewis Milestone, 136 Min. und BRD, USA, GB 2022; Regie: Edward Berger, 148 Min., unberücksichtigt in meinem Artikel ist leider die weniger bekannte britische-amerikanische TV-Verfilmung von 1979 (damals ausgezeichnet mit dem Golden Globe als beste TV-Produktion des Jahres)

Buch

Erich-Maria Remarque: Im Westen nichts Neues. Büchergilde-Sonderausgabe mit einem Nachwort zur Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte; Frankfurt a.M. 2022; 24 Euro

Internet

Sehr empfehlenswert für eine tiefergehende Beschäftigung ist die Internetseite des Erich-Maria-Remarque-Friedenszentrums: www.remarque.uni-osnabrueck.de/

Wie Rassismus aus Worten spricht

Das N-Wort, Debatten in der DFG-VK und notwendige Wandlungen

Von David Scheuing, Shari Kohlmeyer, Kathi Müller und Ralf Buchterkirchen

Die DFG-VK erlebt über ihre verbandsinternen Mailverteiler eine Rassismusdebatte. Dass sie geführt wird, finden wir, Mitglieder der AG Intersektionalität in der DFG-VK, absolut notwendig, den Anlass halten wir für absolut zu

problematisieren, den Verlauf der Debatte für symptomatisch und die Folgen für bedrückend.

Zunächst zum Anlass: In einer Debatte des Bundesausschusses fällt das N-Wort. Offenbar sind die anwe-

senden Personen nicht in der Lage, dies sofort zu benennen, nur vereinzelt wird „gestöhnt“. Dass nach längerer Zeit aufgrund der Redeliste eine Person kritisch interveniert, wird von allen Personen anerkannt. Bislang wird bestritten, wer das N-Wort ausgesprochen hat. Es wird eine Diskussion über die Absicht der Wortverwendung geführt. Die umfangreiche Schilderung des Vorfalls und seinerseits die selbstkritische Anmerkung, dass eben niemand interveniert hat, geraten in die Kritik.

Was fehlt: Einkehr, Nachdenken, Annehmen der Kritik. Erst recht: eine Entschuldigung. Weshalb? Was ist daran so schwer?

Das N-Wort und seine Geschichte (nicht nur) im deutschen Kontext.

Noah Sow schreibt in ihrem bekannten Buch „Deutschland Schwarz-Weiß. Der alltägliche Rassismus“, das 2009 erschienen ist, zum N-Wort:

„Die Legitimation des N-Wortes ergab sich [...] nie aus einem Prozess heraus, in dem Selbstbestimmung und Selbstbenennung Schwarzer Menschen eine Rolle gespielt hätten, sondern entwuchs der ‚Definitionsmacht‘ weißer Deutscher.

Anders als etwa in den USA, wo Prozesse der Selbstbenennung (self-naming) seit vielen Jahrzehnten Teil eines öffentlichen Diskurses sind und zu den Emanzipationsbestrebungen verschiedener Bevölkerungsgruppen gehören, werden ähnliche Bemühungen in Deutschland – und diese gibt es durchaus – weitgehend von der Mehrheitsgesellschaft ignoriert.

Die Verwendung des N-Wortes durch weiße Personen geschieht heutzutage in ausschließlich beleidigendem und exotisierendem Kontext. Und nicht nur das: Das vermeintliche Recht der Hauptgruppe auf diffamie-

Trauer um Udo Hegar, ein Ostermarschierer der ersten Stunde

Auch für nachdenkliche und sensible Menschen ist der Weg zum Pazifismus nicht immer kerzengerade. Als ganz junger Medizinstudent ist Udo Hegar noch Mitglied einer „schlagenden Verbindung“, doch ist die Begegnung mit (dem späteren DFG-VK-Präsidenten) Martin Niemöller für den 20jährigen im Jahre 1954 ein Wendepunkt.

Die immer klarer werdenden Schritte Adenauers in Richtung Wiederbewaffnung lehnt er auf der Grundlage christlicher Überzeugung ab, und so ist es nur folgerichtig, dass Udo Hegar zusammen mit anderen den ersten Ostermarsch in Freiburg organisiert. In der Zeit des Vietnamkrieges geht es dann mit Flugblättern zu den US-Kasernen, um die GIs zur Desertion aufzurufen, und die Karlsruher Wohnung des jungen Arztes ist Versandzentrale verschiedener Broschüren der Internationale des Kriegsdienstgegner (IdK) zu friedenspolitischen Themen. 1967 erwischt es dann den inzwischen 33jährigen – Musterung mit dem Ergebnis: tauglich. Mit der Bibel in der Hand erscheint er vor dem KDV-Prüfungsausschuss, und nach langem Hin und Her wird er schließlich am 5. Februar 1968 als Kriegsdienstverweigerer anerkannt.

Ein Jahr später wird der Friedensfreund als Oberarzt an eine Klinik in Offenburg berufen; dort trifft er auf eine Gruppe des Verbands

der Kriegsdienstverweigerer (VK) im Umbruch. Ältere Herren organisieren gelegentlich Vorträge für die bürgerliche Stadtgesellschaft und ein paar junge Wilde wollen alles anders machen, nämlich Flugblätter drucken und zu den Einberufungsterminen an den Bahnhöfen die Wehrpflichtigen zum Thema KDV „agitieren“ sowie die Bundeswehr beim Tag der offenen Tür ärgern. Udo Hegar schlägt sich auf die Seite der Jungen. Ein neues Veranstaltungsformat ergänzt die individuelle Beratung der immer zahlreicher werdenden Kriegsdienstverweigerer, die „Scheinverhandlung“, und Udo Hegar spielt oft als bissiger Ausschussvorsitzender mit. In dieser Zeit wird die VK-Gruppe, später DFG-VK, Mittelbaden nicht nur eine Zentrale der KDV-Beratung mit einem riesigen Einzugsgebiet, sondern auch Partner vieler Organisationen bei Friedenswochen, Seminaren, Demonstrationen und Aktionen zum Thema Krieg und Frieden. An dieser Entwicklung hat Udo Hegar ganz wesentlichen Anteil. Nach dem beruflich bedingten Wechsel nach Freiburg hat er die Entwicklung seiner DFG-VK-Gruppe bis in die letzten Lebensjahre interessiert verfolgt.

Am 1. April ist Udo Hegar im Alter von 88 Jahren in Freiburg gestorben.

*Ernst Rattinger,
DFG-VK-Gruppe Mittelbaden*

rende Benennung aller weiteren Gruppen wird in Deutschland als Herrenrecht noch heute angestrengt verteidigt.“ (S. 113)

Wer erkennt diese Debatte in den Äußerungen auf den E-Mail-Listen wieder?

Sie wird in dieser Analyse von zahlreichen Publikationen gestützt: vom maßgeblichen und zielsetzenden Wörterbuch „Wie Rassismus aus Wörtern spricht“, herausgegeben von Susan Arndt und Nadja Ofuatey-Alazard; Natasha Kellys „Rassismus. Strukturelle Probleme brauchen strukturelle Lösungen!“; Grada Kilombas „Plantation Memories“ oder Tupoka Ogettes „Exit Racism“. Und vielen, vielen Stimmen mehr – auf Deutsch, in anderen Sprachen, mit Bezug zum deutschen Kontext oder globalgeschichtlich. Es gibt keine Rechtfertigung für eine weiter fortgesetzte Verwendung des Begriffes. Außer Rassismus.

Was es unseres Erachtens braucht: Die Bereitschaft, zuzuhören; die Offenheit, anzuerkennen; die Willenskraft, zu lernen; die Reflexivität, zu überdenken und sich zu entschuldigen; eine aktive Veränderung des Verbandes und verschiedene Ansätze, dies zu erreichen – von Workshops, über kritische Diskussionen, bis hin zur Bereitschaft, zu lesen und als Verbündete einzustehen. Denn es ist kein individuelles oder das Befinden betreffendes Problem, es ist ein systemisches Problem – und dies beginnt bei den Worten und setzt sich fort in unseren Strukturen!

Dazu mag der programmatische Text von Ursula Wachendorfer (2009) beitragen: Weiße halten weiße Räume weiß (Eggers et al 2009: S. 530-539). Darin schreibt sie: „Rassistische Gesellschaftsstrukturen werden [...] individualisiert und zu einem psychodynamischen Problem gemacht. In der Verschiebung des Problems auf die Schwarze Person wird diese zugleich rassifiziert, während der weiße Standpunkt ‚neutral‘ und zugleich wohlmeinend bleibt.“

Denn: Die helfende Kraft der ironischen Brechung: May Ayims Gedichte (May Ayim – ansichtssache. 1982. in: Ayim, blues in schwarz weiss, S. 34)

über sieht
wer nur mit vorsicht
rücksicht übt
gesteht der weitsicht ein
daß sie in hinsicht
auf die klarsicht
die nachsicht übersieht
übersieht
wer vor sich selber schaut
nicht viel an andere denkt
trägt die verantwortung
allein für sich
sieht seinen weg genau
das gibt ihm sicherheit
wenn hinter oder neben ihm
mal eine hilfe braucht
womöglich sieht er das dann nicht

Unser Fazit: Jeder Pazifismus hat intersektional zu sein und anzuerkennen, dass alle Gewaltformen und -systeme gleichermaßen Gewalt sind und überwunden werden müssen. Es bedarf keiner besonderen Begründung, wenn das eingefordert wird. Dies ergibt sich aus den Grundsätzen des Verbandes.

Dass es Mitgliedern schwer fällt, dies überhaupt anzuerkennen, sollte nicht toleriert werden – dass es für alle Arbeit bedeutet, dies zu verändern, gerade in einer Gesellschaft, die sich als eine inhärent rassistische, sexistische, klassistische und ableistische Struktur reproduziert, ist nachvollziehbar.

Es muss gemeinsame Erinnerung daran sein, dass es eben nicht für alle gleichermaßen möglich ist, hier zu leben, zu partizipieren und für Frieden zu streiten. Dafür wiederum sollten wir auch streiten.

Gerade hier erscheint es gnadenlos hart, dass sich erst am vergangenen Wochenende Aktive aus vielen Verbänden der Friedensbewegung (WILPF, Versöhnungsbund, DFG-VK, Friedensregion Bodensee, ICAN, u.a.)

in Hannover zu einer besseren verbandsübergreifenden Vernetzung innerhalb der Bewegung zu Fragen von Intersektionalität getroffen haben. Der Kontrast könnte kaum stärker sein.

David Scheuing, Shari Kohlmeyer, Kathi Müller, Ralf Buchterkirchen sind Mitglieder der Arbeitsgruppe Intersektionalität. ‹‹

Im Krieg

soll es vorbei sein mit der „Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag“

Aus dem: Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums der Justiz

Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften

§ 9 – Zuordnung zum männlichen Geschlecht im Spannungs- und Verteidigungsfall

Die rechtliche Zuordnung einer Person zum männlichen Geschlecht bleibt, soweit es den Dienst mit der Waffe auf Grundlage des Artikels 12a des Grundgesetzes und hierauf beruhender Gesetze betrifft, für die Dauer des Spannungs- oder Verteidigungsfalls nach Artikel 80a des Grundgesetzes bestehen, wenn in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit diesem die Änderung des Geschlechtseintrags von „männlich“ zu „weiblich“ oder „divers“ oder die Streichung der Angabe zum Geschlecht erklärt wird. Der zeitliche Zusammenhang ist unmittelbar ab einem Zeitpunkt von zwei Monaten vor Feststellung des Spannungs- oder Verteidigungsfalls sowie während desselben gegeben.

Quelle: <https://bit.ly/43Z5vDM>

„Practise what you preach“

Die neue Konfliktberatungskommission des DFG-VK-Bundesverbandes

Von Kai-Uwe Dosch

Ein Aktiver aus der Friedensbewegung, der aber nicht in größeren Organisationen engagiert war, hat mich vor 20 Jahren einmal gefragt, was ich denn so mache – als (damaliger) Bundessprecher der DFG-VK. Ich habe flapsig geantwortet: „Frieden in der Friedensbewegung“. Ich hätte ergänzen können: „... und im Verband“.

Konflikte gehören zum Leben. Das gilt für Staaten und Gesellschaften im Allgemeinen sowie für Bewegungen und Verbände im Besonderen. Denn unsere Basis sind Ideen, wie Staaten und Gesellschaften funktionieren sollen. Und diese Ideen unterscheiden sich natürlich deutlich – von Bewegung zu Bewegung, von Verband zu Verband.

auch nicht immer besser an – vorsichtig ausgedrückt. Im Extremfall führt das zu einem Ausschluss bzw. Austritt von Ehrenamtlichen oder sogar einer Kündigung von Hauptamtlichen.

Das können und wollen wir uns nicht weiter leisten. Darum gibt es in letzter Zeit einige innerverbandliche Initiativen, die diese Probleme gezielt angehen wollen. Dazu gehört ein Kommunikationskonzept des Bundessprecher*innenkreises. Dazu gehört auch ein Konsensprozess des Bundesausschusses. Dazu gehört schließlich die Konfliktberatungskommission des Bundesverbandes.

Der DFG-VK-Bundeskongress im Mai 2022 gründete durch eine Satzungsänderung diese Konfliktberatungskommission – und wählte Kai-Uwe Dosch, Stefanie Intveen, Hedwig Sauer-Gürth und Michael Sünner als ihre Mitglieder und beauftragte sie mit der Erstellung eines Konzepts für ihre Tätigkeit. Der Bundesausschuss im Dezember genehmigte dieses Konzept schließlich. Es umfasst Aussagen zu Aufgaben, Grundsätzen und Bildung der Kommission.

Die Hauptaufgabe der Konfliktberatungskommission ist die Beratung der ehrenamtlichen oder bezahlten Mitarbeiter*innen, Mitglieder, Gliederungen und Gremien der DFG-VK bei der Bearbeitung von Konflikten, wenn eine Unterstützung gewünscht ist. Diese Beratung bezieht sich auf außergerichtliche, konstruktive Methoden der Konfliktbearbeitung im Allgemeinen und Möglichkeiten einer Mediation im Besonderen. Hierzu vermittelt die Kommission Mediator*innen oder andere in der allparteilichen Konfliktbearbeitung erfahre-

ne Personen an die Streitenden. Daneben verbreitet sie durch Publikationen wie z.B. diesen *ZivilCourage*-Artikel und Veranstaltungen innerhalb der DFG-VK das Wissen zu Methoden der Konfliktbearbeitung. Es muss noch betont werden, dass es sich um eine Beratung und keine Bearbeitung oder sogar Entscheidung in Konfliktfällen handelt – die Kommission ist keine Schiedsstelle.

Laut Konzept beruht die Arbeit der Kommission auf den Prinzipien des Konsenses, der Zurückhaltung, der Ehrenamtlichkeit, des Datenschutzes, der Transparenz und der (Selbst-)Evaluation. Streitende Parteien können von jeder Stelle oder Person auf die Konfliktberatungskommission hingewiesen werden. Die Kommission kann auch zunächst nur von einer der streitenden Parteien kontaktiert werden, um sich dann auch mit der anderen Partei in Verbindung zu setzen und über Möglichkeiten von Konfliktlösungen zu sprechen. Die zwei bis fünf Kommissionsmitglieder werden durch den Bundeskongress gewählt und sollten möglichst auch selbst Kenntnisse in Methoden allparteilicher Konfliktbearbeitung besitzen.

Derzeit erstellt die Kommission eine Liste von Mediator*innen oder ähnlichen Konfliktberater*innen. Dazu sammelt sie Daten wie Referenzen, Kompetenzen und Organisationen. Alle Leser*innen sind eingeladen, sich zu melden, wenn sie als Mediator*innen gelistet und ggf. vermittelt werden möchten – oder jemanden kennen, der dies möchte.

Zur Kontaktaufnahme ist die E-Mail-Adresse konfliktberatung@dfg-vk.de eingerichtet worden.

Kai-Uwe Dosch ist seit Jahrzehnten in der DFG-VK auf Orts-, Landesverbands- und Bundesebene aktiv. <<



Wenn es um die Idee des „Friedens“ oder der „zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung“ für Staaten und Gesellschaften geht, dann stellt sich aber die Frage nach dem Umgang mit internen Konflikten verschärft – wie schon das alte englische Sprichwort sagt: „Practice what you preach.“

Dass es auch bei der DFG-VK mit diesem Konfliktverhalten nicht zum Besten steht, zeigt schon ein Blick in die *ZivilCourage*. In jedem zweiten Leserbrief finden sich zum Beispiel Begriffe wie „unsäglich“ oder „perfid“e. Und auf dem Bundeskongress oder dem Bundesausschuss hört sich das



Cäcilie Kowald:
Menschenkette.
Freiburg 2022;
8 grad verlag;
296 Seiten;
24 Euro

Als ich im letzten Jahr zum ersten Mal davon hörte, dass eine Autorin einen Roman über die Menschenkette schreiben will, war ich zugegebenermaßen skeptisch, ob das gelingen kann. Um es aber gleich am Anfang zu sagen: Ja, es ist gelungen, Cäcilie Kowald hat einen sehr guten zeitgeschichtlichen Roman geschrieben.

In diesem Herbst vor 40 Jahren protestierten am 22. Oktober 1983 mehrere Hunderttausend Menschen in einer 108 Kilometer langen Menschenkette von der Befehlszentrale der europäischen US-Truppen in Stuttgart-Vaihingen bis zu den Wiley-Barracks in Neu-Ulm gegen die geplante Stationierung von Pershing-II-Atomraketen. Eine Aktion, die nicht nur die damalige Generation entscheidend prägte, sondern auch heute noch im Bewusstsein vieler Teile der Bevölkerung in Süddeutschland präsent ist.

Cäcilie Kowald konzentriert sich in ihrem Buch chronologisch auf den Ablauf dieses 22. Oktobers. Am Anfang des Romans stehen wir morgens um halb sieben mit Oliver, einem begabten, unsicheren und verliebten Gymnasiasten auf einem Parkplatz, und nach und nach kommen dann Knolle, Franzi, Werner, Marlene. Gemeinsam warten sie auf die beiden Busse, die sie zusammen mit den anderen De-

monstant*innen aus ihrem Heimatort zur Menschenkette bringen werden. In weiteren Handlungssträngen lernen wir dann später die anderen Personen des Romans kennen, die sich mit Zug, Auto oder Motorrad auf den Weg machen.

Zwar steht jede Person auch für eine bestimmte Haltung, aber bei Weitem nicht nur. Alle Personen sind lebendig gezeichnet mit all ihren Zweifeln, Hoffnungen und Ängsten. Jedes Kapitel ist aus der Sicht einer Person erzählt. In inneren Monologen reflektieren sie den Weg, der sie heute zur Teilnahme an der Menschenkette in ein kleines Dorf auf der Schwäbischen Alb geführt hat.

Cäcilie Kowald hat die Personen ihres Romans kunstvoll miteinander verknüpft und überzeugend gestaltet. Die durchaus spannende und liebevoll entwickelte Rahmenhandlung fügt sich so zu einem überzeugenden Gesellschaftsportrait der westdeutschen Gesellschaft Anfang der 1980er Jahre.

Zwischen den Kapiteln hat Cäcilie Kowald zeitgenössische Zitate aus Bundestagsdebatten, Pressemeldungen und Interviews eingefügt und schafft dadurch einen harten Kontrast zu dem lebendigen Wunsch ihrer Protagonist*innen nach Frieden.

Die damaligen Forderungen nach nuklearer Abrüstung sind ja trotz Atomwaffenverbotsvertrag immer noch bedrückend aktuell. Nicht nur wegen des Ukrainekriegs sind wir weiterhin gefordert, uns mit Krieg und Frieden, mit der enorm steigenden Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen, mit militärischer Aufrüstung statt Abrüstung usw. auseinanderzusetzen und uns in unserer kriegerischen Gegenwart dafür einzusetzen, Pazifis-

mus Gehör und Geltung zu verschaffen.

Cäcilie Kowald stand als Zehnjährige selbst in der Menschenkette und beschreibt sich selbst so: „Ich bin vieles: Autorin von Chatbot-Dialogen und Romanen, Kritzelpoetin, Musikerin, manchmal auch Aktivistin. Vor allem jedoch bin ich Grenzgängerin.“ Wer mehr über die Autorin erfahren möchte, sollte sich ihre Internetseite anschauen, es lohnt sich: www.cokowald.de

Cäcilie Kowald steht auch gerne für Lesungen zur Verfügung, Anfragen entweder über ihre Homepage oder den Verlag (8gradverlag.de).

Stefan Lau



Restexemplare der 1984 erschienenen Dokumentation „Die Menschenkette – ein Rückblick“ sind für 15 Euro noch im DFG-VK-Shop erhältlich: <https://shop.dfg-vk.de/?product=buch-die-menschenkette-ein-rueckblick>



Zuschriften bitte per E-Mail an: zc@dfg-vk.de
Briefe sollten maximal 1800 Zeichen lang sein. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Zum Beitrag „Eine Supermacht Europa verhindern“ von Urania Grudzinski (und zum LeserInnenbrief von Ralf Cüppers) in *ZivilCourage* 4|2022/1|2023, Seiten 31 ff. (und 41 f.)

Im Artikel wird von der „legalen Sezession der Krim“ gesprochen und

geleugnet, dass es sich um eine Annexion handelte. „Legale Sezession“ gibt es weder im internationalen Recht noch in der Staatenpraxis.

Es gibt das Recht auf Selbstbestimmung, das jedoch mit dem Prinzip der territorialen Integrität im Konflikt steht. »

» Staaten können Sezessionen von Teilen ihres Staatsgebiets rechtlich regeln, wie z.B. Großbritannien, das der Bevölkerung Schottlands erlaubte, über eine etwaige Sezession abzustimmen. Seitens des ukrainischen Staats gab es keine Zustimmung zur Abtrennung der Krim. Also liegt auch diesbezüglich keine „legale Sezession“ vor, selbst wenn sich politische Kräfte aus der Krim aus eigener Kraft abgespalten hätten, was jedoch nicht der Fall war. Russische Truppen hatten die Krim besetzt.

Die Ukraine war unfähig, sich militärisch zur Wehr zu setzen, und die Bevölkerung nahm die Besetzung mehrheitlich hin oder sympathisierte mit ihr. 20 Tage später wurde die Krim von Russland in die Russische Föderation eingegliedert. Also der klassische Fall dessen, was Annexion genannt wird, einer erzwungenen, einseitigen und widerrechtlichen Aneignung fremden Gebiets gegen den Willen des betroffenen Staats.

Dass als Beispiel für einen namhaften Staats- und Völkerrechtler, der bestreitet, dass es sich um eine Annexion handelt, ausgerechnet der AfD-nahe Putin-Propagandist Schachtschneider genannt wird, ist einfach nur lächerlich, ebenso wie die Berufung auf unseriöse Gestalten wie Daniele Ganser.

Diktatoren und gerade die Propagandamaschine des Putin-Regimes unterstellen gerne, Gegenbewegungen würden vom Westen finanziert. Als Quelle dafür, dass Majdan-Demonstranten von Soros – dem Lieblingsbösewicht der globalen antisemitischen Verschwörungsspinnerei – bezahlt worden seien, wird ausgerechnet Ina Kirsch genannt, die als Lobbyistin für Janukowytsch bekannt geworden ist.

Der Artikel folgt der leider in der westeuropäischen Linken und Friedensbewegung weit verbreiteten Tendenz, Menschen in Osteuropa nicht als eigenständige Akteure wahrzunehmen, sondern sie entweder zu Marionetten des Westens oder zu auf Provokationen des Westens Reagierende zu reduzieren.

Im geopolitischen Ringen um die Ukraine haben sowohl westliche Kräfte (Staaten, Parteien, Stiftungen) als auch Russland massiv Einfluss ausgeübt. Aber dass eine aus Zehntausenden in eisiger Kälte demonstrierende bestehende Massenbewegung wie die Majdan-Bewegung maßgeblich von wenigen westlich bezahlten Demonstranten bestimmt worden sein soll, ist abwegig. Am Ende des Artikels wird auf Belege in der Online-Ausgabe verwiesen. Wie seit Februar 2022 üblich, wird im Text die OSZE als Quelle für eine ukrainische Offensive im Donbas genannt. Diese Behauptung wird zwar ständig wiederholt, auf ein Beleg findet sich auch in der Online-ZivilCourage nicht.

Bei der OSZE finde ich bis heute nur Belege für einen Anstieg der Waffenstillstandsverletzungen, aber keinen für eine ukrainische Offensive. Wie wahrscheinlich ist es, dass die Ukraine im Februar 2022 angesichts des gigantischen seit Monaten laufenden russischen Truppenaufmarschs mit einer Offensive den russischen Angriffskrieg provoziert haben soll? RT [*Russia today*] hämmerte in der Tat in den Tagen vor Kriegsbeginn aufs TV-Publikum ein, dass die Ukraine den Donbass beschiesse, und zeigte mit propagandistischer Penetranz Lichtblitze in der Dunkelheit und Menschen, die evakuiert wurden. Es wäre verwunderlich, wenn der Aggressor den Angriff nicht mit solcher Propaganda vorbereitet hätte.

Zu behaupten, dass „es Russland nicht um imperiale Ausdehnung geht, sondern um seine Sicherheitsinteressen und den Schutz russischstämmiger Ukrainer“, widerspricht den Aussagen der führenden Vertreter des russischen Regimes, die immer wieder das Existenzrecht einer ukrainischen Nation bestreiten. Es ist schwierig, zwischen Sicherheitsinteressen und imperialen Interessen Russlands zu unterscheiden, da imperiale Ambitionen bestimmen, was als Sicherheitsinteresse definiert wird. Die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine gehört zu den Hauptleid-

tragenden des Kriegs, weil Russland gerade in den von ihnen bewohnten Gebieten Krieg führt und absurderweise genau diejenigen, die angeblich geschützt werden sollen, massenhaft ermordet und vertreibt.

Ralf Cüppers behauptet in seinem Leserbrief genau zu wissen, dass der Nato-Beitritt der neuen Mitglieder „in diesen Staaten“ gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung stattfand. Das widerspricht allem, was mir bekannt ist. Dafür hätte ich gerne Belege.

Er wirft dem Leserbriefschreiber Martin Wohlfahrt-Bottermann „Unsinn über die ‚grünen Männchen‘“ vor und nennt ihn Verschwörungstheoretiker. Die russischen Truppen, die 2014 die Krim okkupierten, trugen grüne Uniformen ohne Hoheitsabzeichen und wurden „grüne Männchen“ genannt. Worin soll der „Unsinn“ bestehen? Warum wird jemand, der diese Tatsache erwähnt, als Verschwörungstheoretiker beschimpft?

Gernot Lennert

Auch wenn Urania Grudzinski mit ihrem Beitrag behauptet, den russischen Angriffskrieg nicht zu rechtfertigen, so ist die gesamte Diktion des Artikels eine einzige Litanei, die dem Westen, insbesondere den USA, die Schuld zuschiebt. Was der Titel des Beitrags mit den Ausführungen zu tun hat, wird nicht ersichtlich.

Die Frage drängt sich auf, welches Demokratieverständnis und Verständnis über Autonomieprozesse die Verfasserin hat. Muss es nochmals gesagt werden, was zu einem demokratischen Autonomieprozess, wie er sich beispielsweise in Südtirol vollzogen hat und in Schottland und in Katalonien noch im Gange ist, gehört? Rechtsstaatlichkeit, freie und faire Wahlen, eine unbeeinträchtigte Opposition, Meinungsfreiheit und unabhängige Medien sind die tragenden Säulen für einen solchen Prozess. Von all diesen Prinzipien ist in Russland auch in Bezug auf andere Abspaltungsprozesse beispielsweise in Georgien (Südossetien, Abchasien) oder Mol-

dawien (Transnistrien) nichts vorhanden. Ferner negiert die Autorin mit ihren Einlassungen einen demokratischen Prozess und damit eine demokratische Bewusstseinsbildung der ukrainischen Bevölkerung, wenn sie diese Prozesse als USA-gesteuert beschreibt und antisemitische Stereotype bedient wie der Behauptung, George Soros habe die Demonstrationen auf dem Maidan finanziert.

Autonomieprozesse verlaufen nicht in ein paar Wochen oder Monaten, sondern über Jahre. Urania Grudzinski spricht von einem Sezessionsprozess der Krim – das scheint wohl etwas ganz Legitimes zu sein. Alle namhaften Völkerrechtler haben verneint, dass es sich nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der „grünen Männchen“ (vielleicht kamen sie ja vom Mars) im Februar 2014 am 16. März 2014 um ein faires und demokratisches Referendum gehandelt hat. Es war ein Scheinreferendum, wie all die Referenden in den sogenannten „Volksrepubliken“, die unter Androhung von Gewalt durchgeführt wurden. Zudem bot die Abstimmung am 16. März 2014 nur zwei Optionen: entweder Anschluss an Russland oder die Rückkehr zur Krim-Verfassung von 1992. Der Status quo, der sich auf die ukrainische Verfassung von 1996, in der die autonome Republik der Krim eine Autonomie mit begrenzten Vollmachten erhielt, stand nicht zur Abstimmung (vgl. Gwendolyn Sasse, Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien, in: FAZ, 5.1.23, S. 11). Obwohl die Krim die einzige Region der Ukraine ist, in der sich mehr als 60 Prozent der Bevölkerung als ethnisch „russisch“ bezeichneten, haben sie in einem Referendum am 1.12.1991 zu 54 Prozent für die Unabhängigkeit der Ukraine votiert. Dieses Stimmungsbild hat sich in späteren Parlaments- und Regionalwahlen bestätigt. Es handelt sich insofern bei der Krim nicht um eine befriedete Ordnung, wie manche behaupten. Die Krim-Tataren, die die Ursprungsbevölkerung der Krim sind, bekommen die Repression deutlich zu spüren. Es gibt

keine Meinungsfreiheit und unabhängige Medien.

Ich finde es problematisch, dass einseitige und von wenig Sachkenntnis geprägte Einlassungen ein schräges Bild von den Verhältnissen in der Ukraine und auf der Krim zeichnen, die letztendlich mehr oder weniger nur der Rechtfertigung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine dienen.

Helmolt Rademacher

Die Autorin nennt „unabhängige“ bzw. „namhafte“ Autoren als Zeugen für ihre Ausführungen. Nur wenig Recherche im Internet erbringt folgende Namen im Umfeld der Bezugspersonen der Autorin, auf die sie sich beruft und die sie zustimmend zitiert:

Daniele Ganser, vorgestellt als „unabhängiger Schweizer Historiker und Friedensforscher“, arbeitet mit Ken Jebsen und Jürgen Elsässer (Compact), dem Kopp-Verlag, der AfD, mit Russia Today und Sputnik TV zusammen, tritt dort auf, gibt Interviews und verbreitet neben Verschwörungstheorien auch Geschichtsrevisionismus, Ungeimpfte/Impfverweigerer seien die Juden von heute.

Karl Albrecht Schachtschneider, vorgestellt als „namhafter Staatsrechtler“ bzw. „Staatsrechtsprofessor“, berät und vertritt die AfD bei allen möglichen Prozessen wegen Untreue und Verstößen gegen das Parteiengesetz, tritt mit Thilo Sarrazin in einem Werbespot für die FPÖ auf, wirkt als „Sachverständiger“ für die NPD, tritt bei Compact (s.o. Jürgen Elsässer) auf, gehört zum „Institut für Staatspolitik“ (Götz Kubitschek) und ist Präsidiumsmitglied des „Studienzentrum Weikersheim“, wo Holocaust-Leugner (David Irving, Horst Mahler) zu Wort kommen bzw. gewürdigt werden.

Ich hoffe, nicht erklären zu müssen, welches Gedankengut die Genannten verbreiten.

Im Vorwort der Redaktion heißt es, dass „unterschiedliche Positionen und Meinungen in dieser Zeitschrift Raum bekommen...“ „unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Auffassungen“.

Trauer um Dirk-Michael Harmsen

Am 4. Februar ist der Atomphysiker Dr. Dirk-Michael Harmsen nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 88 Jahren gestorben. Wir haben ihn als einen unermüdlichen Mitstreiter für Frieden, Gerechtigkeit, Umwelt und Naturschutz kennen und schätzen gelernt.

Schon 1961 erschien sein Buch „Kernexplosionen und ihre Wirkungen“, in dem er die verheerenden Wirkungen von Atomexplosionen darstellte und das damals für große öffentliche Diskussionen sorgte. Er hatte die besondere Begabung, naturwissenschaftliche Zusammenhänge laienverständlich, anschaulich und fundiert zu erklären.

Neben vielen weiteren Aktivitäten gründete er im Jahr 2000 das Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden mit, war später Mitbegründer der Initiative „Sicherheit neu denken“, Mitglied bei Ican und auch aktives Mitglied in der Gruppe Karlsruhe der DFG-VK.

Bis zuletzt war er aktiv. So erschien im Dezember 2022 das von ihm mitherausgegebene Buch „Weltinnenpolitik und Internationale Polizei“, und zwei Wochen vor seinem Tod konnten wir ihn noch beim Neujahrstreffen der DFG-VK Baden-Württemberg begrüßen.

Dirk-Michael Harmsen wird für uns ein großes Vorbild bleiben, seine kraftvolle Entschlossenheit, sein freundlich-respektvolles und bescheidenes Auftreten werden wir sehr vermissen und sind sehr dankbar, dass wir ihn kennenlernen und mit ihm zusammenarbeiten durften.

Einen guten Eindruck erhält man aus dem Gespräch, das der Journalist Stefan Siller für die Kontext-Wochenzeitung 2017 mit ihm führte; darin erzählt er wie er zum Pazifisten wurde und warum er die Hoffnung auf eine Welt ohne Nuklearwaffen nicht aufgibt: <https://bit.ly/3IAf7na>

*Sonnhild Thiel und Stefan Lau,
DFG-VK-Gruppe Karlsruhe*

»

» Gehören zu dieser „Bandbreite“ auch Positionen, die antisemitisch, demokratiefeindlich, rassistisch, revisionistisch, volksverhetzend sind? Gelten die oben Genannten mit den dargestellten Merkmalen der Redaktion der „Zivilcourage“ wirklich als seriöse und zitierfähige „unabhängige“ und „namhafte“ Wissenschaftler?

Der Autor/die Autorin dieser Zuschrift ist langjähriges Mitglied der DFG-VK, der Name ist der Redaktion bekannt. Die Person hat „über Jahrzehnte im Kampf gegen alte und neue Nazis leidet ausreichend Erfahrung mit anonymen Zuschriften bis hin zu Morddrohungen“ und war aus diesem Grund nur dann mit der Veröffentlichung ihres Textes einverstanden, wenn ihr Name nicht genannt wird.

Dass die Veröffentlichung des Grudzinski-Beitrags auf Kritik stoßen würde, war abzusehen. Ausschlaggebend für den Abdruck waren zwei Gründe: Sicherlich wird darin eine Minderheitenposition innerhalb der DFG-VK vertreten. Eine demokratisch-pluralistische Organisation hält das aus und setzt sich kritisch damit auseinander. Die ZivilCourage als Zeitschrift aller und für alle DFG-VK-Mitglieder bildet das Meinungsspektrum angemessen ab. Und: Die Autorin hatte in ihrem Beitrag den Blick v.a. auf die Rolle der USA in der Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs gerichtet und damit sinnvolle Anstöße für eine tiefergehendere Analyse der Kriegsursachen gegeben.

Dass sie sich bei ihren Ausführungen zur Krim-Annexion wesentlich auf den rechtsextremen Staatsrechtler Prof. Schachtschneider beruft, ist politisch dumm und schädlich. Ich bitte um Entschuldigung, dass mir das als verantwortlichem Redakteur „durchgerutscht“ ist und ich es nicht verhindert habe.

Stefan Philipp

[Zum von der DFG-VK mitgetragenen Aufruf „Stoppt das Töten“ zu Demonstrationen und Aktionen am letzten Februar-Wochenende \(\[www.stoppt-das-toeten.de\]\(http://www.stoppt-das-toeten.de\)\)](#)

Exemplarisch möchte ich [*an dem Aufruf*] die Gefahr aufzeigen, an der falschen Stelle Kompromisse einzugehen (auf die Waffenindustrie herein zu fallen) und uns an der falschen Stelle abzugrenzen (verschiedene Meinungen innerhalb einer pazifistischen Bewegung zu verteufeln).

Im ersten Teil des Aufrufes steht ganz unscheinbar: „Wir erkennen ihr [die Menschen in der Ukraine] Recht auf Selbstverteidigung an.“ Vor dem Hintergrund eines Krieges wird das „militärische“ vor der Selbstverteidigung automatisch von uns allen mit gedacht, ohne dass die Kritik daran so richtig möglich ist. Wenn es ein Recht auf militärische Selbstverteidigung gibt, dann ist die Verweigerung von Waffenlieferungen unterlassene Hilfeleistung. Da hat die Waffenindustrie schon gewonnen, sich in den Köpfen festgesetzt, zumindest als Zweifel.

Es gibt aber kein Recht darauf, Menschen zu töten, zu verstümmeln, Wohnungen, Umwelt und Infrastruktur zu zerstören, egal ob zur Verteidigung oder zum Überfall. Und wenn die Soldaten traumatisiert genug sind, fangen sie auch an, zu vergewaltigen und foltern, Kriegsgefangene, vermutete Kollaborateure und Deserteure zu erschießen. (So, wie es dann im – psychologisch unwichtigeren – Mittelteil des Aufrufs auch beschrieben steht.)

Michael Schulze von Glaser sagt, diese Formulierung sei ein Kompromiss mit dem Verhandlungspartner von Attac gewesen. Der sei tatsächlich für Waffenlieferungen. Wenn dem so ist, dann ist er wohl nicht der richtige Bündnispartner für eine Friedensdemo, auch wenn bei anderen Themen eine Kooperation bestimmt sinnvoll ist.

Im letzten Teil des Aufrufs dann die Abgrenzung „nach rechts“. Die schließt gleich noch eine ganze Reihe von BündnispartnerInnen, die nicht rechts sind, mit aus. Es hätte völlig gereicht zu schreiben: „Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Men-

schen und Gruppen, die diskriminierende Botschaften und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Sexismus verbreiten, eine Absage.“

Wir müssen die Rechte kritisieren, ihre Rolle thematisieren, ihre Inhalte als mörderisch entlarven. Sie können uns vor sich her treiben und verstummen lassen, wenn wir nicht mehr über die Macht der Konzerne und ihrer EignerInnen reden können („Verschwörungstheorie“), wenn wir die Rolle der Medien nicht mehr thematisieren können („pressefeindlich“), oder die Rolle der „Experten“ und die Arbeitsweise von Teilen der Wissenschaft nicht kritisieren können („wissenschaftsfeindlich“).

Zunehmend wird in der Linken vieles von der eigenen Meinung Abweichende als rechts diffamiert. Damit tragen wir unseren Teil zu unserer eigenen Wirkungslosigkeit bei, und die Rechte wird zum geeigneten Instrument, um einen Widerstand zu schwächen.

Natürlich waren auf der riesigen T-Tip-Demo Rechte. Natürlich haben auch konservative und rechte Menschen gegen Brokdorf, Wyhl und Wackersdorf demonstriert. Diese Bewegungen wären auch nie so groß und erfolgreich geworden, wenn ihre Hauptsorge die Abgrenzung gegen rechts gewesen wäre. Dabei geht es nicht um die Anzahl der TeilnehmerInnen aus der Rechten (das war für den Erfolg nicht ausschlaggebend), sondern darum, dass es abschreckend für viele andere Menschen ist, derart aufpassen zu müssen, um nicht ausgegrenzt und diffamiert zu werden.

Burkhard Rexmann

[Zur ZivilCourage 2/2022](#)

Liebe Redaktion,

zunächst einmal möchte ich meine Hochachtung dafür ausdrücken, dass sich Menschen zusammenschließen und sich – wie über die DFG-VK – für den Frieden einsetzen. Ich finde das ungeheuer wichtig und sehe selbst auch die Gefahr, dass künftige Gene-

rationen – für welche die Gräuel des Zweiten Weltkrieges sehr weit weg sind – mit dem Frieden möglicherweise fahrlässiger umgehen als die Generationen, die den Krieg entweder noch selbst miterlebt haben oder sich von ihren Eltern und Großeltern aus erster Hand davon berichten ließen. Der Einsatz für Frieden erscheint mir daher unglaublich wichtig.

Mein Vater war Kriegsdienstverweigerer; als Jahrgang 1939 sozusagen einer „der ersten Stunde“, und ich selbst habe den Kriegsdienst aus Überzeugung verweigert und stattdessen im Rettungsdienst lieber Menschen gerettet. Auch bei uns zuhause halten wir es mit Margot Käßmann: Der Krieg ist mit allen Mitteln zu verhindern.

Kurz vor dem Weihnachtsurlaub habe ich die Ausgabe *ZivilCourage* 3/2022 in die Hände bekommen. Sie lag bei meinen Eltern auf dem Tisch, die diese Zeitschrift schon seit Jahren abonnieren. Mit großem Interesse habe ich die Artikel gelesen.

Was mich überrascht hat, war, dass keiner der Autoren ein echtes Alternativkonzept dazu aufzeigte, wie der Krieg in der Ukraine beendet werden kann. Die vielfach vorgetragene Lösung – und ich leite daraus auch letztlich die Haltung der DFG-VK ins-

gesamt ab – besteht in der Forderung, Waffenlieferungen zu unterbinden.

Mir erscheint das nicht wirklich zu Ende gedacht. Dies würde für mich in der Konsequenz nämlich bedeuten, dass man die Ukraine ihrem Schicksal überlassen würde, denn ohne Unterstützung des Westens (wozu auch Waffenlieferungen gehören) hätte Russland die Ukraine mittlerweile mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unterworfen. Ich frage mich, ob dies ernsthaft die Haltung der DFG-VK ist.

Ich selbst bin natürlich ebenfalls und vehement gegen Krieg, wenn dieser aber von einem Despoten angezettelt und einem Staat oktroyiert wird, ist es dann nicht notwendig und letztlich auch ethisch geboten, diesem Staat die Möglichkeit zu eröffnen, sich effektiv zur Wehr zu setzen?

Ein realpolitisches Alternativangebot, wie mit der verfahrenen Situation in der Ukraine und einem „verrückt gewordenen“ Despoten aus Russland umgegangen werden soll, habe ich in der Ausgabe der *ZivilCourage* vergeblich gesucht. Mich hat es gewundert, fast sogar erschüttert, dass jeder Autor, und offenbar auch die DFG-VK insgesamt, dieser zentralen Frage aus dem Weg geht.

Dr. Marius Mann

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Nichts gegen unsere französischen Kameraden und die Fremdenlegion, die verstehen schon ihr Geschäft; aber so wie im Sudan – alle ganz schnell raus – das ergibt keine gute Haltungsnote. Wir dagegen: Rein mit KSK, Flugfeld sichern, Fallschirmjäger in Rufbereitschaft, Truppentransporter im Pendelverkehr mit mehreren hundert Zivilisten nach Jordanien und in ein paar Stunden ist das Problem gelöst. Wir merken, dass unser neuer Befehlshaber Ahnung vom Krieg hat – und: Wir können Afrika! Na, vielleicht ist zum Mali-Thema auch noch nicht das letzte Wort gesprochen. Wäre doch 'ne Sache: Wir bleiben einfach dort, schmeißen den Wagner und seine Terroristen raus und einer von uns wird König von Mali!

Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzerklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Mindestbeitrag 2 Euro
- Ermäßigter Beitrag 6 Euro
(Mindestbeitrag/Ermäßigter Beitrag sind nur bei halbjährlichem oder jährlichem Bankeinzug möglich.)
- Normalbeitrag 12 Euro
- Erhöhter Beitrag 20 Euro
- Förderbeitrag 30 Euro
- Ich zahle freiwillig einen höheren Beitrag von monatlich Euro

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich
- Ich möchte die *ZivilCourage* per E-Mail als PDF erhalten.
- Ich möchte die *ZivilCourage* als gedrucktes Heft erhalten.

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

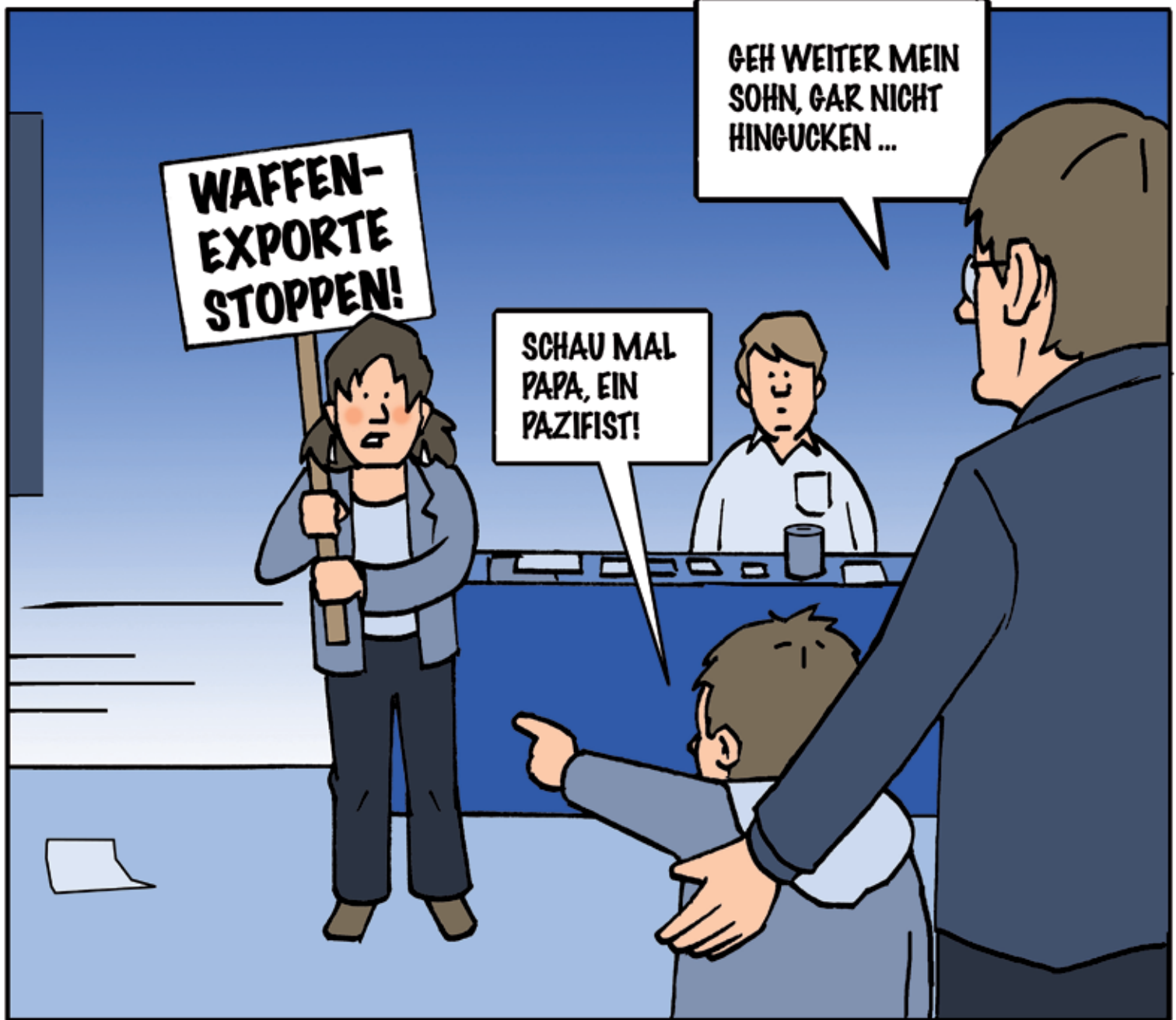
BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX





„NEUE FEINDBILDER“

Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.